Montag, den 8. Juni 1925. Einzelnummer 10 Goldpfennige 36. Jahrgang. — Nr. 130

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen" und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 149, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche/Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 aber in den Zweigstellen abgegeben werden.

Genosse Vandervelde wird belgischer Außenminister.

Die belgischen Genossen für die Koalition.

Mit über 2/3 Mehrheit.

Brüssel, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Am Sonnabend und Sonntag fand im Brüsseler Volkshaus der 40. Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz der Genossen Bertrand und Anseele, die beide auf dem ersten Parteitag der Arbeiterpartei vor 40 Jahren präsidierten, statt. Tom Shaw vertrat die Internationale. Der Parteitag behandelte fast ausschließlich die politische Lage unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nach zweitägiger, leidenschaftlicher, aber durchaus hochstehender Debatte, deren Höhepunkt die Reden von de Brouckère gegen und Wauters für die Beteiligung an der Regierung Poullet waren, wurde die Beteiligung mit 495880 gegen 108325 Stimmen bei 22000 Stimmenthaltungen beschlossen. Die Zweidrittelmehrheit war also reichlich vorhanden. Brüssel war gegen die Beteiligung, während Lüttich geteilt und andere Landesteile überwiegend für die Beteiligung waren. Die Krise ist also in dem früher gemeldeten Sinne als gelöst zu betrachten. Nach Schluß des Parteitages trat der Generalrat zusammen, um die Namen der fünf sozialistischen Minister wie folgt zu bestimmen: Vandervelde Aeußeres, Laboulle Inneres, Huysmans Unterricht, Wauters Arbeit, Anseele Eisenbahnen.**

Die innenpolitischen Gegensätze in der französischen Linken.

Paris, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Trotz des weitgehendsten Willens zu einer Verständigung, der in der gestrigen Verhandlung zwischen der Regierung und den Vertretern des Kartells der Linken vorhanden war, hat die Aussprache, die zwischen Caillaux und einem großen Teil der Linken bestehenden Differenzen über die Mittel und Wege zur Sanierung der finanziellen Lage nicht zu überbrücken vermocht. Man hat sich zwar über mehrere Detailfragen geeinigt, im Prinzip aber bestehen die Gegensätze zwischen dem Finanzminister und einem großen Teil des Kartells, aus dessen Wortführer vor allem der Genosse Vincent Auriol und Loucheur aufgetreten sind, in unverminderter Heftigkeit fort. Die von den Sozialisten geforderte Vermögensabgabe ist gestern von der Regierung wiederum scharf zurückgewiesen worden. In der Verteidigung der von den Sozialisten vertretenen These, daß die von Caillaux in Angriff genommene Sanierung des Budgets praktisch zwecklos sei, wenn sie nicht von entsprechenden Maßnahmen zur Konsolidierung bezw. zum Abbau der schwebenden Schulden und zur Stabilisierung der Währung begleitet seien, hat Auriol von Loucheur, d. h. dem äußersten rechten Flügel des Kartells außerordentlich energische Unterstützung gefunden. Trotzdem hat auch in dieser Frage Caillaux jede ernsthafte Konzession abgelehnt und die Delegation auf die neuen Erklärungen vertröstet, die er am nächsten Dienstag in der Kammer abzugeben beabsichtige. Der latente Konflikt, der die innenpolitische Situation seit dem Ausfall der Kommunalwahlen kennzeichnet, besteht somit unvermindert fort, und es ist anzunehmen, daß er schon in den nächsten Tagen eine entscheidende Zuspitzung erfahren wird. Was die Haltung der Sozialisten betrifft, so stehen diese keineswegs in prinzipieller Opposition zu dem Ministerium Painlevé. Sie wären an sich bereit, diesem die gleiche Unterstützung zuteil werden zu lassen, wie dem Kabinett Herriot, aber sie verlangen, daß man in einer Frage, die das Kardinalproblem der Innenpolitik Frankreichs bildet, nicht über ihre Wünsche, die auch die Wünsche eines großen Teiles der bürgerlichen Gruppen sind, zur Tagesordnung übergeht. Die von Caillaux bisher immer nur sehr vage angedeuteten Projekte, die auf eine Erhöhung der Inflation hinauslaufen, haben bereits ein starkes Sinken des Francs zur Folge gehabt, das sich in raschem Tempo fortsetzt. Die Hauptleidtragenden dieser Art „Sanierung" sind die breiten Massen der Bevölkerung, deren Lebensunterhalt durch die sinkende Währung von Tag zu Tag verteuert wird, ohne daß die Gehälter dieser Bewegung folgen. Deshalb verlangen die Sozialisten und mit ihnen ein großer Teil der Radikalsozialisten, daß der finanziellen Misere durch entsprechende Heranziehung der großen Vermögen und der hohen Einkommen, nicht aber durch einseitige Belastung des Massenkonsums abgeholfen wird.

Amerika für vollständiges Verbot des Giftgaskrieges.

In der letzten Sitzung der Genfer Waffenhandelskonferenz hat sich der amerikanische Delegierte Burton dagegen ausgesprochen, daß nur eine freiwillige Einigung zwischen den Staaten gegen die Verwendung von chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln stattfinde und ein zwingendes Verbot des Giftgaskrieges gefordert. Im Namen seiner Regierung erklärte er, der Präsident der Vereinigten Staaten würde gern eine internationale Konferenz nach Washington zur Beschlußfassung über dieses Verbot einberufen.

Reuter meldet: Das Bekanntwerden der Tatsache, daß Präsident Coolidge bereit sei, eine Konferenz einzuberufen zur Aufstellung eines Protokolls, das den internationalen Handel mit Giftgasen verbieten soll, eröffnet wieder die Erörterung über den Plan des Präsidenten, eine zweite Flottenabrüstungskonferenz einzuberufen. In hohen amtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß beide Konferenzen gleichzeitig abgehalten werden würden. Dem wird noch hinzugefügt, daß Coolidge darüber im Zweifel ist, ob die Nationen, die an der Genfer Konferenz teilnehmen, gewillt sein würden, Delegierte nach Washington zu entsenden, um nur die Frage des Gebrauchs von Giftgasen zu erörtern. In diesem Zusammenhange wurde der Vorschlag gemacht, daß die Frage der Verwendung der Gase auf die Tagesordnung der geplanten Abrüstungskonferenz gesetzt werden sollte.

Briand und Chamberlain bei der letzten Einigung über den Garantiepakt.

Paris, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach den hier aus Genf vorliegenden Meldungen hat dort am Sonntag mittag die erste Begegnung zwischen Briand und Chamberlain stattgefunden. Die beiden Außenminister, die entgegen den ursprünglichen Dispositionen die Reise nach Genf getrennt gemacht hatten, haben dort am Sonntagmittag im Anschluß an ein gemeinsames Frühstück den ersten Gedankenaustausch über den Garantiepakt und die damit zusammenhängenden Fragen gehabt. Die Unrichtigkeit der von der französischen Presse gegebenen Interpretation der jüngsten englischen Note, wonach die englische Regierung das Recht Frankreichs zu einem Durchmarsch seiner Truppen durch deutsches Gebiet anerkannt habe, wird nunmehr auch von offiziöser Seite zugegeben. Die englische Regierung hat in ihrer Note sehr unzweideutig auf die einschlägigen Bestimmungen der Völkerbundsakte verwiesen, die das von Frankreich im Falle eines Konfliktes geforderte Recht ausdrücklich von der einmütigen Zustimmung des Völkerbundsrates abhängig machen.

Wie das halbamtliche Kommuniqué der Havas-Agentur hervorhebt, ist Chamberlain bereits von London abgereist, bevor das englische Kabinett Gelegenheit hatte, die französische Note auf das jüngste englische Memorandum zu prüfen. Chamberlain habe, so heißt es in diesem Kommuniqué weiter, unter diesen Umständen noch keinerlei definitive Antwort zu geben vermocht, daß er die Entscheidung des Ministerrats abwarten müsse. Nach dem „Matin" sollen die beiden Minister u. a. dahin übereingekommen sein, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis September erfolgen könne, auch wenn es seinen Verpflichtungen bezüglich der Abrüstung noch nicht völlig nachgekommen sei. Die beiden Minister seien von der Auffassung ausgegangen, daß die fortdauernde Besetzung von Köln keine Sanktionen darstelle, sondern daß die in dem Friedensvertrag vorgesehene Räumung nach fünf Jahren lediglich eine Art Prämie für die pünktliche Erfüllung durch Deutschland darstelle. „Petit Parisien" meldet, daß Chamberlain bis Ende der Woche noch in Genf bleiben werde, während Briand bereits Mittwoch wieder nach Paris zurückreist, in der Erwartung, daß die bis dahin vorliegende Zustimmung des englischen Kabinetts die Absendung der französischen Note an Deutschland ermöglichen werde.

Englische Mahnungen an Luther-Stresemann.

London, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die zweifellos wichtigste Feststellung der gesamten Sonntagspresse zur politischen Situation nach der Ueberreichung der Note ist die Behauptung des allgemein ausgezeichnet informierten diplomatischen Korrespondenten des konservativen „Observer", daß entgegen der landläufigen Auffassung in Deutschland die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund diesen Herbst noch nicht völlig ausgeschlossen sei. Nach der Auffassung maßgebender britischer Kreise werde nicht die völlige Durchführung der Entwaffnungsnote als Voraussetzung gefordert werden. Man sei in London der Auffassung, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden könne, falls es bis September alles zur Erfüllung der Note getan habe, was bis dahin vernünftigerweise möglich sei und sich damit formell in dem Zustand der Erfüllung des Friedensvertrages befinde.

Von den „Times" wird betont, daß im Hinblick auf die Feststellungen der Entwaffnungsnote die Gründe für ein Verbleiben in Köln nicht als so überwältigend zu bezeichnen seien. Deutschland habe zweifellos den Vertragswortlaut nicht erfüllt; aber ebenso zweifellos sei, daß Deutschland weder für jetzt noch für absehbare Zukunft eine Drohung für den europäischen Frieden darstellte. Es könnte aber kein Zweifel bestehen, daß sich Deutschland mit möglichst guter Miene ins Unvermeidliche fügen müsse. Trotzdem einzelne Forderungen der Alliierten unvernünftig, andere kaum zu verwirklichen sein werden, werde Deutschland gut tun, den aufrichtigen Versuch zur schnellen Durchführung der Forderungen zu machen, erstens um den Alliierten, insbesondere den englischen Alliierten, keinen weiteren Vorwand zur Aufrechterhaltung der Besetzung des Brückenkopfes und der Okkupationsarmee zu geben; zweitens um die Fortführung der Paktverhandlungen zu ermöglichen, und drittens um die Befreiung Kölns möglich zu machen. Die britische öffentliche Meinung werde sich ganz für die Erfüllung des bindenden Versprechens einsetzen.

Wieder ein politischer Mord? Vor einiger Zeit wurde in der Nähe von Wismar in Mecklenburg die Leiche eines jungen Mannes, Scholz, gefunden. Nach einer Meldung der „Montagspost" soll sich jetzt herausgestellt haben, daß ein politischer Fehmemord vorliegt. Der Staatsanwalt hat gegen vier Personen Anklage wegen Mordes erhoben.

Entwaffnung und Räumung.

Von Rud. Breitscheid.

In der am 4. Juni überreichten sogenannten Entwaffnungsnote stellen die Alliierten, um Irrtümer zu berichtigen, fest, daß sie sich aufs genaueste an die Bestimmungen des Art. 429 des Versailler Vertrages zu halten gedenken, d. h. daß sie den von Poincaré vertretenen Standpunkt, wonach die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, nicht teilen, und sie lehnen des weiteren aufs bestimmteste die Auffassung ab, nach der die Nichträumung der Kölner Zone eine „Vergeltungsmaßnahme" gewesen sei.

Es ist an sich anerkennenswert, und ein Beweis für einen gewissen Wandel in der Stimmung und in der Tonart gegenüber Deutschland, daß die Gegenseite sich bemüht, ihr Verhalten zu rechtfertigen und Mißverständnisse auf deutscher Seite zu zerstreuen. Aber man wird sich doch darüber im Klaren sein, daß einer unserer wesentlichsten Beschwerdepunkte mit diesen Bemerkungen nicht aus der Welt geschafft ist, der nämlich, daß wir fünf Monate haben warten müssen, bis uns im Einzelnen die Gründe mitgeteilt wurden, aus denen uns die Alliierten nicht in den Genuß eines uns aus dem Friedensvertrag zustehenden Rechts haben gelangen lassen. Am 5. Januar wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß die Kölner Zone über den 10. Januar hinaus okkupiert bleibe, weil Deutschland seine Verpflichtungen aus den militärischen Bestimmungen des Vertrags nicht erfüllt habe, am 6. Juni endlich erfahren wir, worin diese Nichterfüllung besteht oder bestehen soll.

Auch andere Stellen der die eigentlichen Forderungen umhüllenden Note mögen uns Grund zu Beanstandungen geben. So die nicht gerade für die Anerkennung unserer Gleichberechtigung sprechende Art, mit der wir zu Eifer und Sorgfalt in der genauen Innehaltung des Vertrages ermahnt werden, so die Andeutungen, als ob nur die an den Kriegsvorbereitungen der andren gemessen, mehr als geringfügigen unerlaubten Rüstungen Deutschlands, die einzige oder doch hauptsächlichste Gefahr für die Erhaltung des Friedens darstellten. Aber schließlich und endlich dürfen all diese Dinge unsere Einstellung zu dem Hauptteil der Note nicht entscheidend beeinflussen. Wir können die allgemein-politischen Auffassungen der Alliierten ablehnen oder zurückweisen: die Hauptsache bleibt, ob wir uns der Befreiung der Rheinlande willen, die uns gestellten Bedingungen akzeptieren wollen.

Das formale Recht der Entente, die getreuliche Erfüllung aller Artikel des Vertrages zu verlangen und von ihr die Räumung des besetzten Gebietes in den festgelegten Zeitabschnitten abhängig zu machen, kann nicht bestritten werden. Daran vermögen weder ehrliche Unzufriedenheit mit dem Versailler Diktat, und noch viel weniger nationalistisches Phrasengetön etwas zu ändern. Gegenstand der Diskussion kann einzig und allein sein, ob die Verfehlungen, deren uns die anderen beschuldigen, tatsächlich gegeben sind. Glaubt die deutsche Regierung, daß das nicht der Fall ist, so hat sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu dem Versuch, auf dem Weg von Verhandlungen Klärung zu schaffen. Sie mag es sich auch angelegen sein lassen, in dieser oder jener Beziehung Erleichterungen oder Terminverlängerungen zu erhalten, aber sie wird gut daran tun, sich nicht in akademische Erörterungen über die strittige Zahl der tatsächlich abgelieferten Geschütze usw. einzulassen, sondern sich streng auf die Forderungen im 3. Teil der Anlage zu beschränken. Vor allem wird sie im Auge zu behalten haben, daß ein langes diplomatisches Hin und Her den Termin der Befreiung der nördlichen Rheinlandzone immer weiter hinausrückt.

Auf die Einzelheiten des Entwaffnungsprogramms soll hier in diesem Augenblick nicht näher eingegangen werden. In seinen Hauptbestandteilen bietet es keine Ueberraschung. Wir hatten bereits damit gerechnet, daß die Umorganisierung der Polizei, die Zerstörung gewisser Maschinen, die Umformung der Heeresleitung, der Abbau des Zeitfreiwilligensystems und das Verbot der militärischen Betätigung bestimmter Vereine und Verbände gefordert würden. Die letzten

drei Punkte sollten wahrhaftig keine Schwierigkeiten bieten. Von der Freiwilligenspielerei ist seit langem das Auswärtige Amt und ist neuerdings auch der Wehrminister abgerückt, und es käme nur darauf an, den Anordnungen der Regierungsstellen auch bei den nachgeordneten Instanzen den gebührenden Respekt zu verschaffen. Der nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innenpolitischen Gründen gefährliche Unfug, den Jungdo, Wiking, Stahlhelm usw. treiben, sollte so schnell und so gründlich als möglich abgestellt werden, und endlich wird der Sinn und Zweck der Reichswehr durch eine Beseitigung dessen, was die Gegenseite den Großen Generalstab nennt, nicht beeinträchtigt werden können. Belastender sind zweifellos die übrigen Postulate. In erster Linie die Umorganisierung der Schutzpolizei und die Vernichtung von Maschinen, die unter Umständen zur Herstellung von Kriegsmaterial zu benutzen sind, praktisch aber zur Zeit für die Produktion von Werkzeugen friedlicher Art verwendet werden. Gelingt es hier ein Entgegenkommen der Entente zu erreichen, so werden wir das mit Freuden begrüßen, aber wie gesagt, es wird immer abzuwägen sein, ob es wichtiger ist, an unserer Auffassung von der etwaigen Unzulässigkeit des Verlangens der Alliierten festzuhalten, oder die baldige Räumung Kölns zu erzielen.

Was nun die geschäftliche Behandlung der Note anbelangt, so ist es Aufgabe des Kabinetts, Stellung zu nehmen, und auch der Reichspräsident wird seine Meinung in die Wagschale werfen. Gerade dem Herrn v. Hindenburg besonders, wenn er der Stellung gedenkt, die ein großer Teil seiner Wähler bisher zu ihnen eingenommen haben. Aber wir dürfen doch wohl annehmen, daß er sowohl wie das Kabinett Luther letzten Endes Gefühlsregungen zurückstellen, und das tun, was der Vertrag, sowohl wie das Interesse des deutschen Volkes gebieten. Auch dann, wenn sie damit das Mißfallen derjenigen erregen sollten, die sich von der Wahl Hindenburgs den Beginn einer Politik der sogenannten starken Hand versprochen haben. Präsident und Regierung werden wieder einmal bestimmten Kreisen der Rechten eine Enttäuschung bereiten müssen. Aber diese Aussicht wird sie hoffentlich nicht davon abhalten, den Weg der Pflicht zu beschreiten.

Der Reichstag braucht an sich nicht befragt zu werden, denn es handelt sich hier um keinen Vertrag. Aber es ist ohne weiteres anzunehmen, daß entweder die Regierung oder die Parteien die Gelegenheit zu einer Debatte über die Note herbeiführen. Wie sie verlaufen und welches ihr Ergebnis sein wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen, doch darüber werden sich die Deutschnationalen schon im Klaren sein müssen, daß die Sozialdemokratie auch diesmal nicht geneigt sein wird, den Regierungsparteien die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sie wird den Deutschnationalen nicht die Möglichkeit geben, ihre Hände in Unschuld zu waschen und eine Hetze gegen die Linke zu veranstalten. Selbst dann nicht, wenn die Vorwürfe, die man gegen die Sozialdemokratie erhebt, auch auf das Kabinett und sogar auf den Reichspräsidenten zurückfallen würden. Die Rechte soll nicht nur die Freude vom Regieren haben, sondern auch die volle Verantwortung übernehmen. Erst dann wird es auch möglich sein, den Alliierten auseinanderzusetzen, daß selbst mit den rigorosesten Entwaffnungsbestimmungen und mit strengster Kontrolle die Kriegsgefahr nicht wirklich zu bannen ist, sondern daß nur eine tatsächliche Gleichberechtigung der in einer den Frieden wollenden Organisation vereinigten Völker eine einigermaßen zuverlässige Garantie für die Ruhe der Welt bildet!

Blutiger Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Gendarmen bei Berlin.

Aus Berlin wird uns gemeldet:

In Teltow bei Berlin kam es am Sonntag zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes und Gendarmerie, in deren Verlauf die Gendarmerie von ihrer Schußwaffe Gebrauch machte, einen Kommunisten tötete und zirka 20, darunter 4 lebensgefährlich, verletzte. Schon vor Wochen hatten die Kommunisten und die Schützengilde für den gestrigen Sonntag in Teltow Veranstaltungen geplant, die auch von den Behörden genehmigt wurden. Um Zwischenfälle zu vermeiden, wurde den beiden Organisationen je ein Platz angewiesen, die räumlich weit von einander getrennt sind. Die Kommunisten waren auf dem Sportplatz mit ihren Spielen beschäftigt. Die Schützengilde konnte es sich nicht versagen, an diesem Sportplatz vorüberzuziehen und dabei, wie die bürgerliche Presse meldet, im „Scherze" die Gewehre anzulegen. Die Kommunisten hatten den Zugang zu ihrem Sportplatz durch 10 Frontkämpfer und eine Holz-Barriere abgesperrt. Hundert Meter von dieser Stelle entfernt wurde ein neben dem Schützenzuge herfahrender Mann von einem Passanten geohrfeigt, der dann in Richtung auf die Frontkämpfer flüchtete. Das Absperrungskommando der Kommunisten ließ die verfolgenden Gendarmen nicht passieren, worauf es zu einem heftigen Wortwechsel kam, in dessen Verlauf die Gendarmen blank zogen und einige der Frontkämpfer durch Kopfhiebe verletzten. Es kam zu einer regelrechten Prügelei. Der Führer der Gendarmen gab den Befehl, die Revolver schußfertig zu machen und gab einen Schreckschuß ab, der zur Folge hatte, daß die Kommunisten zurückwichen. Darauf wurden mehrere Salven auf die Roten Frontkämpfer abgegeben. Ein Arbeitersamariter, der einem Schwerverwundeten helfen wollte, wurde durch einen Brustschuß getötet, acht Frontkämpfer wurden so schwer verletzt, daß sie mit Tragbahren in ein nahegelegenes Restaurant gebracht und nach Anlegung der ersten Notverbände in das Krankenhaus überführt werden mußten.

„Reichsbanner Rollet".

Eine Beleidigung.

Anläßlich der Verfassungsfeier zu Würzburg am 10. August d. Js., an der Tausende von republikanisch Gesinnten und Reichsbannerkameraden teilnahmen, brachte die inzwischen eingegangene deutschnationale „Fränkische Landeszeitung" einen „Würzburger Truthähne" überschriebenen Artikel, der in Ton und Tendenz die unverkennbare Absicht verriet, die Angehörigen des Reichsbanners und auch die übrigen Teilnehmer der Feier zu beleidigen und verächtlich zu machen. Ausdrücke wie „Traidoitschdemokratische Gesinnung", „Halb-Markel-Windjackenorganisation", Schwarzrotgoldener Popphut" und „Brigade Rollet" zeigen dies zur Genüge an. Vier Reichsbannerkameraden, die im Felde mit Auszeichnung ihre Pflicht getan, ließen sich diese Anpöbelungen nicht gefallen und stellten gegen den damals verantwortlichen Schriftleiter Stemmer Klage beim Würzburger Amtsgericht. Vor dem Verhandlungsbeginn wurden unter dem Vorsitze des Amtsgerichtsrats Mankel Vergleichsverhandlungen geführt, die nach Annahme der sehr mäßigen Forderungen der Kläger durch den Beklagtenvertreter, der zugleich Geschäftsführer der Deutschnationalen Würzburgs ist, einen sehr umfangreichen Prozeß, dessen ungünstiger Ausgang für den Beklagten kaum zweifelhaft sein konnte, von vornherein abschnitten. Der gerichtlich abgeschlossene Vergleich lautet:

1. Der Privatbeklagte Stemmer erklärt, daß er bedauert, in bezug auf die Teilnehmer an der Verfassungsfeier der republikanischen Verbände vom 10. August 1924 die unzutreffende Bezeichnung „Brigade Rollet" gebraucht zu haben.

2. Stemmer übernimmt die gesamten Kosten des Verfahrens einschließlich einer Vergleichsgebühr in Höhe der gesetzlichen Verhandlungsgebühr.

3. Privatklage und Strafanzeige werden zurückgezogen.

Den Vergleich unterzeichneten für die Kläger R. A. Strauß, Kreisleiter des Reichsbanners Unterfranken und R. A. Steghert, Geschäftsführer des Deutschnationalen Kreisverbandes für Unterfranken.

Neuregelung des Beamtenverhältnisses

Einstellung des Abbaus. — Soziale Verbesserungen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sieht die neue Reichsnovelle zur Personalabbauverordnung folgende wesentlichen Veränderungen vor:

1. gänzliche Aufhebung der für die Beamten und Angestellten geltenden Abbaubestimmungen;
2. völlige Beseitigung der Pensionskürzungsvorschriften;
3. Gewährung von Abfindungssummen an verheiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden;
4. Hinaufsetzung des Mindestwartegeldes und des Höchstbetrages des Wartegeldes;
5. Einschränkung der Einstellungssperre, besondere Berücksichtigung der Versorgungsanwärter und Schwerkriegsbeschädigten bei Einstellung von Beamten;
6. Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach der Pensionierung verheiratet hat;
7. Gewährung einer Witwenbeihilfe an schuldlos geschiedene Ehefrauen verstorbener Beamter oder Ruhegehaltsempfänger;
8. Gewährung einer Witwenbeihilfe an wiederverheiratete witwengeldberechtigte Witwen im Todesfalle des zweiten Ehemannes.

Da diese Veränderungen nicht ohne Einfluß auf die Rechte der Länder- und Gemeindebeamten bleiben werden, war eine vorherige Beteiligung des Reichsrats geboten, um eine gleichmäßige Behandlung der Reichsbeamten mit den Länder- und Gemeindebeamten zu erzielen. Wie weit die angegebenen Grundsätze im einzelnen durchgeführt werden, muß erst der Wortlaut der Gesetze lehren, der zum größten Teil sozialdemokratischen Forderungen entgegenkommt.

Parteitagung der Bayerischen Volkspartei

München, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonnabend in München stattgefundenen Tagung des Landesausschusses der Bayrischen Volkspartei wurde vor allem in den Kreisen dieser Partei selbst mit einiger Spannung und mit Besorgnis entgegengesehen, da die überraschende Hindenburg-Parole des Landesausschusses am 7. April (der damalige Beschluß wurde entgegen der seinerzeitigen Meldung nur mit 67 gegen 56 Stimmen gefaßt), in der ganzen Partei erheblichen Sturm heraufbeschworen hatte.

Die „Augsburger Postzeitung" schrieb jetzt im Parteitagsartikel u. a. folgenden Satz: „Wenn der Charakter einer Mittelpartei gewahrt werden soll, dann muß die Möglichkeit einer Regierungskoalition nach beiden Seiten offengehalten werden." Immerhin haben solche Aeußerungen im wesentlichen nur den Charakter der Drohung gegen die Deutschnationalen, die bisher in Bayern im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Schwäche im Parlament eine vielfach ausschlaggebende Rolle in der Politik gespielt haben. Diese Drohungen sollen nur dazu dienen, die Deutschnationalen, die in der letzten Zeit ihre Hauptagitation auf die bäuerliche Landbevölkerung gelegt haben und so naturgemäß in die Hürden der Bayrischen Volkspartei eingedrungen sind, bescheidener zu machen.

Die ganze Vorbereitung auf den Parteitag hatte sich die eine Aufgabe gestellt, die drohende Möglichkeit eines Richtungsstreits innerhalb der Partei abzuwenden und die Erörterung über eine evtl. Neuorientierung der Partei auf ein Minimum zu beschränken. Das scheint den Parteiinstanzen unter Zuhilfenahme der immer noch uneingeschränkten Autorität des Parteiführers, des Ministerpräsidenten Dr. Held, gelungen zu sein. Das zeigte sich auch in der vollzähligen Wiederwahl des bisherigen Landesvorstandes und des bayrischen Parteivorstandes. Im Landesvorstand befindet sich auch der Agitator eines monarchistischen Putsches, der Königliche Minister a. D. v. Seidlein. — Das Ergebnis der Aussprache über den ersten Punkt kann nach der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz dahin zusammengefaßt werden, daß der Landesausschuß im einmütigen Urteil und ohne jede Gegensätzlichkeit in dieser Frage auseinandergehe, daß die Geschlossenheit und Einmütigkeit der Partei trotz unterschiedlicher Auffassung über die Zweckmäßigkeit der Wahlparole Hindenburgs (!) unangetastet bleibe und daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl allgemein als ein politisch begrüßenswertes Ereignis (!) anerkannt wird. In der Bayrischen Volkspartei sei der ernste Wille vorhanden, den Weg einer Wiederannäherung an das Zentrum freizuhalten und die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die innere Entwicklung der Zentrumspartei die Ueberbrückung der Kluft zwischen den beiden Parteien schaffen möge.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

37] (Nachdruck verboten.)

Fünfzehntes Kapitel.

Eine Gottheit, die der Hilfe des Menschen bedarf, ohne diesen ihre Absichten nicht zu erfüllen vermag, ein Gott, der die Menschen ruft, wie Christus seine Jünger rief, auf daß sie, alles verlassend, ihm folgen, mit ihm leiden und erbeiten. Seit jener Sommernacht, da Anthony, während das Morgengrauen durch die Fenster kletterte, mit Landripp darüber gesprochen hatte, verließ ihn dieser Gedanke nicht mehr. Dazu war dann Eleanors plötzliche Genesung gekommen, gerade als er alle Hoffnung aufgegeben hatte, an dem Tag, da der Grundstein gelegt worden war: Anthony hatte es geschienen, als habe Gott sich ihm offenbart. Der Gott, der ihn gelehrt worden war, der Gott seiner Väter, der Gebete erhört. Landripp annimmt, die Gläubigen, Getreuen belohnt. Weshalb weiter suchen und forschen? Die Welt hat recht, ihre Weisen und Propheten finden den wahren Gott entdeckt. Einen Gott, der mit den Menschen Verträge abschließt, mit sich handeln läßt. Weshalb auch nicht? Warum sollte Gott nicht Anthonys Liebe für Eleanor benutzen, um mit ihm einen gerechten Geschäftsvertrag abzuschließen? „Gib mir mit meinen Plänen für das Wohl des Volkes, dann will ich dir deine Frau zurückgeben." Später aber kam Anthony die Frage: weshalb sollte ein allmächtiger Gott sich die Mühe nehmen, mit seinen Geschöpfen zu handeln, auf Umwegen das zu erreichen, was er vermittels seines Willens in einem Augenblick erreichen konnte? Ein Gott, der imstande war, alles von allem Anbeginn an vollkommen zu gestalten, ohne die Notwendigkeit des Wandels und der Entwicklung, und der dennoch die Geschichte der Menschheit mit Blut und Tränen geschrieben hatte. Ein derartiger Gott bedurfte wahrlich mehr der Vergebung der Menschen, als ihrer Anbetung. Ich auch immer mehr der unbekannte Gott gesucht werden.

Landripp hatte beim Bau der Wolkenkratzer den Tod gefunden. Er trug seine eigene Schuld gerechte. Für einen bösen sittlichen Mann ist es ein Unsinn, auf schwindelnden Leitern herumzuklettern, über Gräben zu springen, zwischen Gott und Erde auf schwankenden Brettern zu balancieren. Er gab genug Gegner kund, die dies zu tun versuchten und die seinen Bankrott um der Freude, der er sich erfreute, gewonnen hatten. Er aber bedurfte derzeit, alles selbst zu leiten; das Recht hatte man ihm Anlaß ist für ihn ein Wort der Liebe bekundet; er fluchte, auch nur ein einziger Sperrkeil durfte falsch liegen. Anthony empfand ein bitteres Gefühl des Bedauerns, als er auf die geschwärzten Balken niederblickte, die jetzt fortgeschafft waren. Wie er, Anthony, gelitten, ehe er herzlich bei. Sie legten ihn auf einen [illegible] dem Unglücksfall und lagerte in Bruton Square an, als die Bahrenträger das Haus verließen. Die Leiche lag auf dem großen Tisch in jenem Zimmer, wo Landripp und Anthony einst bis zum Morgen geplaudert hatten. Das Gesicht war unversehrt, die Augen standen offen. Vielleicht lebte in ihnen noch ein Rest Bewußtsein, denn es schien Anthony, als ob sie ihm zulächelten. Dann erlosch jählings in ihnen das Licht. Es war wirklich äußerst unangenehm; Anthony hatte sich auf weitere Gespräche mit dem Architekten gefreut. Er hatte ihm so viel zu sagen, so viele Fragen an ihn zu richten, so viele eigene Gedanken zu erläutern gehabt. Wo war der Mann jetzt? Wohin war er gegangen? Die Annahme, daß Landripp selbst, sein Geist und sein Gedanke durch den Zusammenstoß mit einem Eisenbalken zerstört sein könnten, erschien lächerlich. Nicht einmal ein Kehrichtopf würde völlig. Er löst sich höchstens in seine Urelemente auf, wird wiedergeboren. Und dieser arme gebrochene Leib, der nun dort lag, wo noch vor einer Stunde das geschäftige Gehirn gearbeitet hatte, auch er würde leben, solange das Sonnensystem bestand; seine Verwesung bedeutete nur eine Veränderung. Landripp selbst aber, — dem Geist, der Persönlichkeit, war nichts zugestoßen. Nur der Apparat, durch den diese [illegible] hatten, war zerstört. Anthony bedauerte den Freund nicht einmal. Er zürnte ihm, weil er den Apparat nicht achtsamer behandelt hatte.

Landripp war der erste Mensch, mit dem Anthony über Religion sprach. Als junger Mann hatte er sich ein paar Mal an das Thema gewagt; aber das Ergebnis gemahnte jedesmal an seine kindlichen Versuche in dieser Richtung. Die meisten Leute wurden scheu und förmlich, als habe er einen unanständigen, in guter Gesellschaft nicht üblichen Gesprächsstoff berührt. Besonders die Geistlichen der verschiedensten Konfessionen entmutigten derartige Gespräche. Sofort bei Erwähnung des Themas wurden sie mürrisch und erweckten den Eindruck, als wollten sie ein Geschäftsgeheimnis wahren. Landripp hingegen hatte Anthony eine Religion gezeigt, die er verstehen und annehmen konnte. Ein allmächtiger, herzlicher Gott, der große Wesen, der alles geschaffen und geordnet hat, — was vermochte der Mensch für ihn zu tun? Vielleicht konnte der Ton sagen, auf welche Art er dem Töpfer seine Dankbarkeit beweisen könnte. Was nützt es Gott, wenn ihn der Mensch anbetet, was ihm auf den Knien liegt? Der Gedanke, daß seine Geschöpfe emsig im Staub kriechen, ihr eigenes Nichts und seine Allmacht verherrlichend, stellte Gott auf die gleiche Stufe mit einem orientalischen Despoten. Und ihn gefallen? Er bedurfte [illegible] Anbetung nicht; unter ihm alle Dinge vorbestimmt. Der Gedanke an Unglücksfälle des Menschen machte keinen Unterschied, wenn alles von Beginn an vorbestimmt war. Und selbst wenn man eine gewisse Willensfreiheit zugab, so diente sie doch nur unserem eigenen Nutzen; gehorchte und erfülle deinen Lohn, [illegible] Gnade. Für diesen Gott sind wir [illegible] alles zu erbauen? Was wider Gott, falls er Gott ist, dem Menschen eingehaucht hat, ist Tod, nicht Leben. Der andere Gott hingegen, der Retter, der Freund des Menschen! Der unermüdlich Liebende, der den Menschen zu verbessern trachtet; Gott, der große Träumer, der im Anfang durch Tod und Chaos die Liebe gesehen hat, der jenseits vom Kampf und Haß des Lebens die ferne Hoffnung schaut und dem Menschen zuruft, ihm zu folgen: Gott der treue Kamerad, der ewige Freund, der Helfer, — wenn dieser zu finden wäre?

Landripp hinterließ seiner Tochter einige tausend Pfund und sie beschloß, in Bruton Square eine Schule zu eröffnen. Zwischen den Landripps und Frau Strong'nih'arm hatte sich in der letzten Zeit ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Nun, da die alte Frau von allen Sorgen befreit war und genügend Muße hatte, blühte und gedieh ihr natürlicher Bauernverstand; der Architekt hatte sich gerne mit ihr unterhalten. Sie war zu schwach geworden, um den langen Weg nach der Abbey zu Fuß zurückzulegen, fürchtete sich jedoch vor dem Wagen mit den unruhigen Pferden. So kam es, daß Eleanor häufig den kleinen John zu ihr schickte. Die alte Frau Rewt war tot und bis auf ein kleines Dienstmädchen lebte Frau Strong'nih'arm allein im Hause. Die beiden anderen Kinder interessierten sie nicht; ihre Liebe und Eifersucht galten nur John. Eines Tages führte sie das Kind nach dem Hause in Platts Lane, wo sein Vater zur Welt gekommen war. Der alte Willock hatte für alle Zeiten das Werkzeug fortgelegt, sein halb schwachsinniger Sohn bewohnte noch immer die Hütte. Niemand betrat sie; Mathew kochte selbst seine Mahlzeiten und hielt die Stuben tadellos sauber. Er verbrachte den ganzen Tag und auch einen Teil der Nacht in der Werkstatt. Trotzdem er viele Bestellungen bekam, erbeitete er allein. Sommer und Winter stand die Tür offen. Des nachts schlief Mathew in einer Ecke der Werkstatt. Befragte man ihn über diese seltsame Gewohnheit, so gab er keine Antwort und die Nachbarn hatten sich allmählich daran gewöhnt. Mathew und das Kind empfanden für einander eine starke Zuneigung. Die alte Frau Strong'nih'arm ließ John bisweilen dort, und sein Vater holte ihn auf dem Heimweg. Der kleine John saß auf dem Hocker, in den vor vielen Jahren der Wanderpeter den Gnomen eingeschnitzt hatte. Er plauderte stundenlang mit Mathew über alle möglichen Dinge. Auf das Kindes Bitte hin hatte Anthony dem Haus und Werkstatt erstanden, damit Mathew sie daraus vertreiben werden könne. Der Knabe empfand eine seltsame Vorliebe für das düstere Viertel von Millsborough, das sich in der Nähe der Platts-Lane erstreckte. Wenn ihn der Vater abholte, so bettelte er häufig um einen Spaziergang in dieser Gegend. Er liebte auch das Moor mit seinen Vögeln und Insekten; dort tollte er brüllend umher, war er müde, so trug ihn der Vater auf der Schulter. In den engen traurigen Straßen jedoch wurde er schweigsam. Als sie eines Tages zusammen dahinwanderten, erzählte Anthony dem kleinen John, daß es hier vor langer, langer Zeit an Stelle der elenden Straßen grüne Felder und Wiesen gegeben hatte sowie [illegible] und tiefen Wäldern beheimatet.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen Beeinträchtigung der Lehrfreiheit.

Ein Schreiben des Unterrichtsministers an den Rektor der Technischen Hochschule Hannover.

Vor einigen Tagen wurde am schwarzen Brett der Technischen Hochschule zu Hannover von einigen Studenten, die sich als „Kampfausschuß" konstituiert haben, ein Anschlag angebracht, in dem es hieß, daß die Absicht Prof. Lessings, am kommenden Montag seine Vorlesungen wieder aufzunehmen, nicht zur Durchführung kommen werde. Es wurde vom Ausschuß die Erwartung ausgesprochen, daß die Kommilitonen nichts unternähmen, was das Ansehen der Hochschule gefährden könnte, jedoch schloß der Aufruf mit dem Hinweis, daß Vertreter des „Kampfausschusses" an allen evtl. Vorlesungen Professor Lessings teilnehmen würden.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, weist der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Schreiben an den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover zunächst darauf hin, daß Prof. Lessing als Inhaber eines Lehrauftrages dem preußischen Disziplinargesetz vom 18. Juli 1852 unterliegt. Nach Artikel 118 Absatz 1 der Reichsverfassung, so führt der Minister aus, hat jeder Deutsche „das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht." Der Minister weist darauf hin, daß der Artikel Lessings „Hindenburg" im „Prager Tageblatt" vom 25. April d. Js., so sehr in einer politisch erregten Zeit die stark herabsetzende Kritik in einer Zeitung des Auslandes zu bedauern sei, keinen genügenden Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen gegen Prof. Lessing gebe.

Hinsichtlich der durch den Anschlag am schwarzen Brett gefährdeten akademischen Lehrfreiheit ersucht der Minister am Schluß seines Schreibens den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover, für den Fall, daß Prof. Lessing seine Vorlesungen wieder aufzunehmen wünsche, Vorsorge zu treffen, daß dies ungehindert geschehen könne.

Die Barmat-Untersuchung.

Der Barmat-Ausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend seine Arbeiten fort. Der Vorsitzende, Abg. Saenger, machte zunächst Mitteilung von der kommissarischen Vernehmung eines früheren deutschen Angestellten der holländischen Firma Schippmöller in Amsterdam, die im Auftrage Barmats in regelmäßigen Abständen an 12 bis 17 Personen in Deutschland Liebesgabenpakete sandte. Unter den Empfängern waren u. a. Wels, Heilmann, Geheimrat Hellwig, Hoefle. Der Zeuge Schwan, der 1919 bis 1920 Mitdirektor der Reichsfleischstelle war, erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, nicht sagen zu können, daß Barmat bei der Vergebung von Aufträgen bevorzugt worden sei. Zeuge Direktor Pritschow verweist auf ein Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 29. Oktober 1920 an die Reichsfleischstelle, in dem es ausdrücklich heißt, daß er eine Geschäftsverbindung mit Barmat nicht etwa „wünsche", sondern nur darauf hingewiesen habe, daß die „Amegia" wieder ohne Bevorzugung am Wettbewerb zugelassen werden möge. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum der Zeuge gerade mit Barmat abgeschlossen habe, erwiderte er, daß dieser der einzige neutrale Ausländer war, der in der damaligen finanziell schwierigen Zeit auf Kredit lieferte.

Der Barmat-Ausschuß des preußischen Landtages vernahm am Sonnabend den Finanzrat Helwig, der Auskunft über die Ausweise geben soll, die Kutisker der Staatsbank vorlegte. Der Zeuge besinnt sich nicht mehr auf bestimmte Einzelheiten, glaubt aber, daß ihm von Rüh gesagt wurde, unter den militärischen Ausweisen hätte sich auch ein solcher befunden, der auf General v. d. Goltz zurückzuführen sei. Auf eine Frage des Abgeordneten Ruschke erwidert der Zeuge, er habe den Eindruck gehabt, daß Kutisker über gute Beziehungen zu Militärs verfügte. Hierauf werden 10 bereits früher vernommene Zeugen vereidigt.

Hitler denunziert seine eigenen Gesinnungsfreunde, wenn sie nicht parieren. Aus einer Mitteilung im „Völkischen Beobachter", des Hitler-Organs, geht hervor, daß innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung in Thüringen nach wie vor die schärfsten Gegensätze bestehen. Ein Teil der von Hitler aufgelösten Sturmabteilungen will sich dem Befehl Dinters nicht unterwerfen. Diese Leute haben sich selbständig gemacht und benutzen dabei Abzeichen und Fahnen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" Hitlers. Der wiederholten Aufforderung, diese angeblich gesetzlich geschützten Parteiabzeichen abzulegen, weigern sie sich nachzukommen, weshalb Hitler die Thüringische Landesregierung aufgefordert hat, gegen diese Leute strafrechtlich vorzugehen.

Bundestagung des Volksbundes für Geistesfreiheit.

Im malerischen Hildesheim, umgeben von Wäldern und Bergen, in der Stadt der Kirchen, hielt während der Pfingstfeiertage der Volksbund für Geistesfreiheit seine diesjährige Tagung ab. Schon der Begrüßungsabend am Sonnabend im festlich dekorierten Saal des Gewerkschaftshauses bewies durch zahlreichen Besuch aus allen deutschen Gauen das starke Anwachsen der freigeistigen Bewegung.

Die Tagung selbst begann am Sonntag morgen. Der Vorsitzende des Bundes, Dr. Kramer, stellte in seiner Begrüßungsansprache fest, daß nicht der Haß gegen anders gesinnte Menschen das Leitmotiv der Versammelten ist, sondern der Kampf zur Durchführung des Grundsatzes der Verfassung der Republik: „Es gibt keine Staatskirche mehr".

Zum Verhandlungsleiter wird dann Pietsch-Breslau gewählt. — Es sind Vertreter erschienen aus Schlesien 8, Brandenburg einschl. Berlin 4, Freistaat Sachsen 11, Ostpreußen 1, Pommern 4, Hamburg, Schleswig-Holstein 3, Provinz Sachsen 3, Oldenburg 2, Bremen 1, Provinz Hannover 12, Westfalen 26, Rheinland 3, Rheinpfalz 1, Hessen-Nassau 1.

In den nun folgenden Berichten des Vorstandes und des Geschäftsführers wird festgestellt, daß sich die freigeistige Bewegung in den letzten fünf Jahren außerordentlich entwickelt hat. 600 000 Menschen sind in den verschiedenen größeren Organisationen zusammengefaßt, an freigeistigen Zeitungen gehen monatlich 400 000 Exemplare hinaus. Unter Inflation und Arbeitslosigkeit hat auch diese Organisation gelitten, bzw. leidet noch darunter. Bemerkenswert ist, daß auch diese Organisation feststellen muß, daß geistiges Leben unter der Einwirkung der verlängerten Arbeitszeit ganz außerordentlich leidet. Nach 9-, 10-, ja 12-stündiger Arbeitszeit sind die Arbeiter nicht mehr in der Lage, sich mit geistigen Dingen zu befassen. Wo während der achtstündigen Arbeitszeit reges Leben herrschte, ist jetzt ein betrübender Zustand eingetreten. Auch unter anderen Strömungen der Zeit leidet die Entwicklung der Vereine. Stark ist der Mangel an Nachwuchs für Sprecher. Außerordentlich viel werden Sprecher für Leichenfeiern angefordert. Das Organ des Bundes, die „Geistesfreiheit", hat im letzten Jahre eine Erhöhung der Auflage um 7500 auf 30 000 Exemplare erfahren. Der Bund hat 128 Ortsgruppen mit zusammen 45 870 Mitgliedern einschließlich der Ehefrauen und ausschließlich der Kinder. 8410 Kinder erhalten freigeistigen Unterricht.

Die Aussprache gab ein Bild von der Bewegung in den einzelnen Bezirken. Sie zeigte, daß die Forderung eines Redners, die positive Arbeit des Bundes mehr in die Oeffentlichkeit hineinzubringen, in manchen Bezirken mit Erfolg, wenn auch unbewußt, erfüllt wird. Jugendfürsorge, Krankenfürsorge u. ä. hat in manchen Bezirken erfolgreiche Arbeit getan. Auch die Reichspräsidentenwahl warf auf die Tagung ihre Reflexe. Mehrere Redner sprachen sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß in der Republik geistiges Leben herrschen könne, niemals aber in einer Monarchie. Die Anhänger der freigeistigen Bewegung hätten also volles Interesse an dem Kampf Republik oder Monarchie und dürften nicht unentschieden beiseite stehen. Nicht das Zentrum, so meinte Adolf Hoffmann in einem anderen Zusammenhange, ist unser schärfster Gegner, sondern mit dem indifferenten Arbeiter haben wir den schärfsten Kampf zu führen.

Am 2. Verhandlungstage behandelte in eingehender Weise Lehmann-Hannover die Jugendfrage.

Die Bundes-Vorstandswahl hat folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Dr. Kramer-Bochum, 2. Vorsitzender Pietsch-Breslau; Beisitzer: Beck-Leipzig, Tschiten-Stettin und Gerwig-Hannover. Als Ort für die nächste Bundestagung, die mit der freigeistigen Woche zusammengelegt werden soll, wird Berlin ausersehen.

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Referat Dr. Kramer-Bochum über „Staat und Kirche". Nach historischen Darlegungen über die Entwicklung von Staat und Kirche besprach er einige Gegenwartsfragen. Den Kirchen dürfen im öffentlichen Leben keine anderen Rechte zugebilligt werden, als anderen Vereinen. Bei allen Fürsorgestellen, Jugendämtern usw. müssen auch die Vertretungen der Freidenker Mitwirkungsrecht haben. Auf den kommunalen Friedhöfen sind nach geltendem Rechte die Freidenker als Redner zugelassen. Es muß immer wieder ausgesprochen werden, daß wir keine Parteipolitik betreiben, dafür eine klare Politik zur Frage der Trennung von Kirche und Staat.

Nach einer ausführlichen Debatte zu diesem Punkt kommt eine Entschließung zur Annahme, in der der Volksbund für Geistesfreiheit sich zur weltlichen Schule bekennt.

Mit einem Hoch auf den Volksbund für Geistesfreiheit schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Tagung.

Eine erfolgreiche Regelung deutsch-polnischer Streitigkeiten.

Unterm 28. Januar und 31. März 1925 hatte das Auswärtige Amt an das Schiedsgericht in Danzig, dem die Entscheidung von Streitfällen über die Auslegung und Ausführung des sogenannten deutsch-polnischen Korridor-Abkommens obliegt, den Antrag gestellt, durch Schiedsspruch dahin zu erkennen, daß Deutschland das Recht zusteht, in einem Militärzug gemäß Paragraph 4 Artikel 44 des Abkommens außer Urlaubern und dienstlich einzelreisenden Truppen mit dem dazu gehörigen Heeresgut auch noch anderweitige Heeresgüter (einschließlich Pferde) zu befördern, und daß der polnischen Regierung keinerlei Einfluß auf das Verhältnis der Wagenzahl des eigentlichen Militärzuges und des dazugehörigen Begleitpersonals zusteht. Die fast seit Jahresfrist mit der polnischen Regierung über den Streitfall geführten Verhandlungen waren ergebnislos verlaufen. In ihrer Erwiderung auf den Antrag hat die polnische Regierung die deutsche Auffassung von der Auslegung der fraglichen Bestimmungen des Abkommens als zutreffend anerkannt und ihre bisherige Haltung auf eine unrichtige Darstellung der Sachlage durch die polnische Dienststelle zurückgeführt, die mit der entsprechenden deutschen Dienststelle über diese Fragen verhandelt hat. Nach dieser Erklärung, die die uneingeschränkte Anerkennung des deutschen Standpunkts bedeutet, hat die deutsche Regierung den Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung zurückgezogen.

Der Skandal des Mordanstifters Horthy.

Budapest, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Untersuchungsrichter hat den früheren Horthy-Minister Edmund Benicky vorführen lassen, um ihn in der gegen ihn anhängigen Strafsache wegen Beleidigung des Reichsverwesers, Verletzung der amtlichen Schweigepflicht und verbotener Veröffentlichung zu vernehmen. Da Benicky jede Aussage verweigerte, ließ der Untersuchungsrichter ein Protokoll aufnehmen, dessen Unterzeichnung Benicky ebenfalls ablehnte. Es wurde darauf entschieden, daß über Benicky wegen der erwähnten Vergehen bis auf weiteres die Präventivhaft verhängt werde.

Von einem eingesetzten Untersuchungsausschuß wegen des Mordes an den beiden Redakteuren ist bisher noch nichts bekannt geworden. Die sozialdemokratische Zeitung „Nepszawa" erstattete heute Anzeige gegen einen Beamten im Honvedministerium, Stephan Soltesz, der schon von der Opposition der öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Teilhaberschaft am Morde bezichtigt wurde.

Kleine Auslandsnachrichten.

Deutsche und tschechische Arbeiter protestieren gemeinsam gegen tschechisch-nationalistische Politik. Dieser Tage fand in Eger ein Kreisfest der deutschen Arbeiter-Turnvereine statt. Die tschechische Staatspolizei verbot nämlich die Beteiligung reichsdeutscher Arbeiterturner am Festzug und verbot außerdem den bayrischen und sächsischen Genossen das Tragen ihrer Fahnen. Als sich das Gerücht von dieser Maßnahme in Eger verbreitete, bemächtigte sich der zum Fest herbeigeeilten Volksmenge eine große Empörung. Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Pohl begab sich zur Polizei und verlangte die Rücknahme des Verbotes. Es wurde ihm bedeutet, daß man dies nicht verfügen könne, denn der Auftrag, die Teilnahme von reichsdeutschen Arbeitern am Festzuge der Turner zu verbieten und das Tragen der Turnerfahnen der bayrischen und sächsischen Arbeiterturner zu verhindern, sei vom Ministerium des Innern ausdrücklich verfügt worden. Die Deputation, die die tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Arbeiterturner zum deutschen Arbeiterturnfest gesandt hatten, intervenierten ebenfalls gegen das Verbot. Aber alles war vergebens.

Todesurteile für Landesverrat in Rußland. In einem Kiewer Prozeß gegen 16 Mitglieder einer antisowjetischen Organisation wurden nach zehntägiger Verhandlung der Führer, General Belawin, der Mitarbeiter des ukrainischen Generalstabes der Roten Armee, Iwanoff, und die Leiterin des Verbindungsdienstes mit dem polnischen Generalstab, Nina Krzoczkowska, wegen Spionage zugunsten Polens zum Tode verurteilt. Die übrigen Angehörigen erhielten Zuchthausstrafen von 1—5 Jahren.

Todesurteile in Aegypten. Alle wegen des Mordes an dem britischen Sirdar Angeklagten sind zum Tode verurteilt worden, außer dem Führer des Automobils, in dem die Mörder geflüchtet sind, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Aus Schanghai wird nach der Landung von etwa 1500 europäischen und japanischen Marinesoldaten wiederkehrende Ruhe gemeldet, zumal zahlreiche fremde Kriegsschiffe dort vor Anker liegen. Dagegen kam es in der Hafenstadt Tschinkiam zu neuen fremdenfeindlichen Kundgebungen.

Aus aller Welt.

Der betrügerische Bischof.

Im Dezember hatte die Kopenhagener Polizei den Methodistenbischof für Skandinavien, Bast, unter Betrugsverdacht verhaftet. Nachdem nunmehr die dänische Gerichtsbehörde alle die beschlagnahmten Bücher und Akten der wohltätigen Institutionen, denen der Bischof vorstand, durchgesehen hat, hat die öffentliche Verhandlung über ihn begonnen. Jedes Verhör war bisher eine Bestätigung der Anklagen, die darauf ausgingen, daß Bast die ihm zu wohltätigen Zwecken übergebenen Gelder für sein und seiner Familie luxuriöses Leben verbraucht hat. Eine besonders einträgliche Quelle war sein Abstinenzblatt „Leuchtturm". Bast als Gründer des Blattes empfing von sich selbst als Verwalter verschiedener wohltätiger Legate die Gelder zum Betrieb der Druckerei und für die Honorare an Redakteure und Herausgeber — er selbst und sein Sohn. Bast als Vorsitzender der Zentralmission kaufte Bast als Verleger drei Viertel der Auflage des Blattes ab. Trotzdem blieb der Bischof immer ein armer Mann, der Steuerbehörde gegenüber; das Blatt gab Unterschuß, den Revisoren der Gemeinde gegenüber. In Wirklichkeit hat Bast nach der Feststellung des Gerichts über 200 000 Kronen an dem Blatt verdient. Seine Reisespesen und Anleihen für seine verschiedenen Villenkäufe und andere luxuriöse Gewohnheiten entnahm der hochehrwürdige Bekämpfer des Alkohols und der Unmoral dem Fonds für „Verschämte Armut", für „Arme und Alte". Von 35 000 in den Sonntagsschulen Skandinaviens und Amerikas für Wiener Kinder gesammelten Kronen sind höchstens 25 000 an diese abgeführt worden; der Rest verschwand in Basts Taschen, ging an Olaf Fönß, den bekannten Filmschauspieler, als Basts Schwiegersohn, und an andere gute Freunde. Weitere Enthüllungen sind zu erwarten. Um viele Zehntausende sind nicht nur die Armen in Skandinavien, sondern auch die notleidenden europäischen Kinder durch das Treiben des Bischofs geprellt worden. Es sei ausdrücklich vermerkt, daß diese Einsammlungen der christlichen Wohltäter für die mitteleuropäischen Kinder nichts zu tun haben mit den Sammlungen der skandinavischen Gewerkschaften resp. des dänischen Genossen J. P. Nielsen.

Berlin—München und zurück in 8¼ Stunden!

Der Hamburger Flugzeugkonstrukteur und Sportflieger P. W. Bäumer, der gestern morgen 4,30 Uhr als fünfter zur vierten Schleife zum Deutschen Rundflug um den „B. Z.-Preis der Lüfte 1925" gestartet ist, landete bereits 12,45 nachmittags nach ordnungsgemäßer Zurücklegung der 1070 Kilometer langen Strecke Berlin—Naumburg—Fürth—Nürnberg—München—Hof—Leipzig—Berlin wieder glatt auf dem Tempelhofer Felde. Er hat diese Strecke in einer Reiseflugzeit von 8 Stunden 15 Minuten einschließlich Zwischenlandungen zurückgelegt.

Wieder ein Absturz bei den Rundflug-Schauflügen.

Bei den aus Anlaß des „Deutschen Rundfluges" auf dem Tempelhofer Felde in Berlin veranstalteten Schauflügen stürzte am Sonntag in den späten Nachmittagsstunden der Apparat D. 380, der längere Zeit Sturz- und Schleifenflüge vorgeführt hatte, auf den für das Publikum ferngehaltenen Teil des Feldes ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot wurde nicht unerheblich verletzt.

Im Flugzeug ermordet und beraubt.

Vor kurzem wurde in der Nähe von Oedenburg an der österreichisch-ungarischen Grenze der verstümmelte Leichnam eines Mannes gefunden, bei dem Legitimationen auf den Namen Lasker aus Straßburg gefunden wurden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Tote aus einem Aeroplan gewaltsam herabgestürzt worden ist. Er flog mit seinem Sekretär namens Savis von Wien nach Budapest und hatte ein Säckchen Brillanten und 20 000 Franken in bar bei sich. Die Wertsachen wurden bei dem Leichnam nicht gefunden, und der Begleiter war samt dem Piloten verschwunden. An dem Kernform ins Gesicht geschüttet worden ist. Der Mörder Savis hat sich nach der Tat acht Tage unter seinem richtigen Namen in Belgrad aufgehalten, ist jetzt aber von dort verschwunden.

Ein Massenmörder.

Am Lindenberg bei Sonneberg in Thüringen ermordete am Sonntag der 31jährige Korbmacher Brückner seine von ihm getrennt lebende Ehefrau. Dann kehrte der Mörder in sein Heimatdorf Hassenberg zurück und ermordete dort seine 70jährige Mutter, seine 41jährige Schwester und deren Mann, sowie die fünf Kinder des Ehepaares in ihren Betten im Schlafe durch Zertrümmern der Schädeldecke. Schließlich erhängte sich der Mörder am Bette seiner toten Mutter.

Zu einem unerhörten Theaterskandal

kam es am Sonntag abend im Berliner Lessingtheater. Die junge Bühne hatte zur Uraufführung von Bronnens „Exzesse" geladen. Während der Aufführung wurde von einem Teil des Publikums durch schrille Pfiffe demonstriert. Nach Schluß kam es zu heftigen Szenen. Der größte Teil des Publikums applaudierte, während ein anderer Teil zu lärmen begann. Dabei schrie der Hauptlärmer Morgan den Namen eines Demonstranten ins Parkett. Da der Lärmmacher weiter schrie, packte sich der Führer der jungen Bühne, Dr. Seeler, einen Weg durch den Tumult und verabreichte dem Ruhestörer, einem Angestellten des Lessingtheaters, Regisseur der Tiraillen-Kultur, Dr. Walter Gerschel, eine kräftige Ohrfeige. Nach dieser Episode konnte Bronnens Werk ohne weitere Störungen zu Ende gespielt werden.

Die amerikanische Hitzewelle.

Die ungeheure Hitze hält an. Stündlich werden aus den Nachbargebieten und dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten neue Todesfälle gemeldet, die auf sie zurückzuführen sind. Ueber 5000 Regierungsbeamte verließen in Washington bereits um 1 Uhr mittags die Büros, da die Behörden mit Rücksicht auf die Hitze die Einstellung der Arbeit angeordnet haben.

Lepra heilbar!

Bis vor kurzem mußte die Frage der Heilbarkeit der furchtbaren Lepra-Krankheit verneint werden. Nun hat die amerikanische Regierung auf diesem Gebiet einen unerwarteten Erfolg zu verzeichnen. Das amtliche „Büro of Plant Industry" hat die Aufgabe, alle Pflanzen der Welt auf ihren Nutzen und ihre gewerbliche Verwertbarkeit zu untersuchen und nach Möglichkeit ihre Verpflanzung nach den Vereinigten Staaten zu besorgen. Diese Anstalt beschäftigt besondere Botaniker mit Spezialaufträgen. So erhielt J. H. Rock den Auftrag, Früchte oder Samen eines siamesischen Baumes zu beschaffen, der bei den Eingeborenen „Chaulmoogra" heißt und in der Botanik den Namen Taraktogenos kurzit führt.

In Indochina und Siam wird seit Menschengedenken das Oel, das aus den Blättern dieses Baumes gewonnen wird, als Heilmittel gegen den Aussatz angewendet, aber erst im Jahre 1900 wurde die Aufmerksamkeit der Europäer darauf hingelenkt. Damals schickte der Forscher Kurz die ersten Proben von Blättern, Früchten und Zweigen an einen englischen Botaniker und beschrieb den Baum erstmals. Dann beschäftigte sich der amerikanische Chemiker Dr. Frederick Power mit dem Problem; er fand in dem Oel, das ihm Missionare verschafft hatten, zwei wirkungsvolle Bestandteile, die er chaulmoogrische und hydnocarpische Säuren nannte. Diese Untersuchungen wurden nach dem Tod des Chemikers durch den Arzt Dr. A. L. Dean auf Hawai fortgesetzt. Im Jahre 1921 begann er mit der Behandlung der Kranken durch intramuskuläre Einspritzung der beiden Säuren. Von 200 Kranken konnten ärztliche als vollständig geheilt entlassen werden. Seitdem legte die amerikanische Regierung auf Hawai und den Philippinen Taraktogenos-Plantagen an, um den Kampf gegen die Lepra nunmehr in vollem Umfang aufnehmen zu können.

„Im Jahrhundert des Kindes".

In Neusiedl bei Agram (Südslawien) wurde eine Mutter verhaftet, welche ein Zwillingspaar und einen Knaben, welche sie im Laufe der letzten zwei Jahre als Folge eines außerehelichen Verkehrs geboren hatte, ermordete und damit den Schmerzen als Futter verwarf. Die unmenschliche Mutter hat die Verbrechen eingestanden.

Familien-Anzeigen

Am 6. Juni, nachts 3/4 1 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Müller

im Alter von 69 Jahren.

Breslau, Leuthenstraße 62.

Der tieftrauernde Gatte
Anton Müller nebst Kindern.

Beerdigung: Dienstag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Barbara-Friedhofes aus. 7512

So urteilt die Presse über das Liebich-Theater im Juni.

Das Juni-Programm erweist sich in seinen einzelnen Nummern als ein Schlager-Programm allerersten Ranges. — Wer sich also gesund lachen will oder sensationelle und lustige Unterhaltung sucht, versäume nicht, sich das Juni-Programm des Liebich-Theaters anzusehen.

(Breslauer Zeitung vom 5. Juni 1925). 2739

Stadttheater. 2379
Montag 7½ Uhr: „Carmen"
Dienstag 7½ Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor"
Mittwoch 7½ Uhr: „Don Juan"

Lobe-Theater. 2763
Tel. R. 6774 u. R. 6790.
Montag, Dienstag, 8 Uhr:
David und Goliath
Komödie von Georg Kaiser.

Thalia-Theater
Heute 8 Uhr: der Lustspielschlager Hohenfelsen
Brautfahrt
von Leo Lenz. 2787

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telefon Ring 2545
Täglich 8 Uhr: 2765
„Anneliese von Dessau".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Gräfin Mariza".

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

„Nordsee"
Bohrauer Str. 1, a d. Teichst.-Unterführ.
Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus
Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Gartenstraße.
Geschäftsführer: Feodor Trapp.
Fernsprecher Ohle 5290, 5291, 4223

Soeben eingetroffen:

Echt engl. feinfleckige Matjesheringe

Preise: 10 St. à 10 ℳ 95 ℳ, 16 St. à 10 ℳ 1.50 ℳ, 25 St. à 10 ℳ 2.40 ℳ, 30 St. à 10 ℳ 2.75 ℳ

Diese 4 Serien sind in unseren 3 Geschäften zum Vergleich nebeneinander aufgestellt. :: Wiederverkäufer Engrospreise.

Am Montag trifft 1 Waggon hiesiger fetter Seefische und Räucherwaren ein.

Hier, beachten Sie unsere billigen Preise in unseren Fenstern.

Hier, genau auf die Firma zu achten!

St. Hubertus-Festsäle
empfiehlt
separat geleg. Vereinszimmer u. Saal
für Vereine u. Festlichkeiten
Sonntag und Dienstag
öffentlicher Tanz
Dienstag verkehrter Ball!
Damen Eintritt und Tanz frei! 2712

Aufschneiden! Einmalige Bekanntmachung. Aufschneiden!

I. An Invalidenversicherungsmarken sind zu kleben bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst:

bis 10 Rmk. Marken 1. Lohnklasse (rot) zu 20 R.-Pf.
von 10 bis 15 Rmk. Marken 2. Lohnklasse (blau) zu 40 R.-Pf.
von 15 bis 20 Rmk. Marken 3. Lohnklasse (grün) zu 60 R.-Pf.
von 20 bis 25 Rmk. Marken 4. Lohnklasse (braun) zu 80 R.-Pf.
über 25 Rmk. Marken 5. Lohnklasse (gelb) zu 100 R.-Pf.

Der Wochenverdienst wird ermittelt, indem der Monatsverdienst mit 12 multipliziert und durch 13 geteilt wird.

Auch die sogenannten Frauen- und Kinderzulagen, Tantiemen (Gewinnanteile), Gratifikationen, sowie die Sachbezüge, d. h. **Kost und Wohnung**, stellen Lohn dar. Der gemeinsame Wert beider beträgt vom 12. Januar 1925 ab — in der Provinz Oberschlesien vom 1. Februar 1925 ab —:

a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte (z. B. Mägde), sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter, letztere bis zum Alter von 20 Jahren
monatlich 30,— Rmk. (33,— Rmk.), wöchentlich 6,90 Rmk. (7,60 Rmk.).

b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen (zu denen auch Dienstmädchen in Gewerbebetrieben, wie Gastwirtschaften, Bäckereien, Fleischereien usw. gehören)
monatlich 40,— Rmk. (44,— Rmk.), wöchentlich 9,25 (10,25 Rmk.).

Die Zahlen in Klammern gelten für die Städte Glogau, Görlitz, Grünberg, Liegnitz, Hirschberg und in den Kreisen Hirschberg-Land und Hoyerswerda, welche diese höheren Sätze haben.

II. Es sind danach beispielsweise im Kreise Hirschberg zu kleben:

A. Im Haushalt:

für weibliche Hausangestellte mit einem baren Monatslohn
von mehr als 10.— Rmk. Marken 2. Lohnklasse zu 40 Pf. (blau),
„ „ „ 32.— „ „ 3. „ „ 60 „ (grün);

B. In Handwerk und Gewerbe:

für Gesellen, männliche und weibliche Gewerbegehilfen mit einem baren Wochenlohn (neben Kost und Wohnung)
bis zu 4.80 Rmk. Marken 2. Lohnklasse zu 40 Pf. (blau),
von mehr als 4.80 „ „ 3. „ „ 60 „ (grün),
„ „ „ 9.80 „ „ 4. „ „ 80 „ (braun),
„ „ „ 14.80 „ „ 5. „ „ 100 „ (gelb).

III. In der **Landwirtschaft** sind allgemein zu kleben:

a) in **bäuerlichen Betrieben** für alle **ledigen** männlichen und weiblichen Personen über 15 Jahre Marken 2. Lohnklasse zu 40 Pf.,
unter 15 Jahren Marken 1. Lohnklasse zu 20 Pf.,

b) in **landwirtschaftlichen Großbetrieben** für die einzelnen Arbeitergruppen in der Höhe, wie sie der Kreisarbeitgeberverband mitteilt.

IV. Geklebt werden muß:

a) **ohne Rücksicht auf das Lebensalter** — auch unter 16 Jahren, selbst für Schulkinder, die gegen irgend eine Warentschädigung arbeiten,

b) **für Lehrlinge** mit Kostgeldbeihilfen, Trinkgeldern, Taschengeldern 2c.,

c) **für Söhne oder sonstige Verwandte**, die Lohn als Taschengeld oder unter einer anderen Bezeichnung erhalten,

d) für alle Hausgewerbetreibenden (**Heimarbeiter**),

e) für alle unständigen Arbeiter, wie **Waschfrauen, Bedienungsfrauen, Aushilfskellner, Hausschneiderinnen usw.**,

f) für die Empfänger einer **Altersrente** (braune Rentenquittungen „A"), solange die Rente nicht in eine Invalidenrente umgewandelt worden ist, was jederzeit beantragt werden kann.

V. Die Beitragsprüfungen durch unsere Kontrollinspektoren finden fortan in der Regel **unvermutet** statt. Die Quittungskarten, Aufrechnungsbescheinigungen (Sammelbücher) und sämtliche Lohnaufzeichnungen müssen dem Kontrollbeamten **auch in Abwesenheit des Arbeitgebers** vorgelegt werden können.

VI. Die Nichtverwendung von Beitragsmarken oder die Verwendung von Marken in unzureichender Höhe ist **mit Geldstrafen bis zu 1000 Rmk.** bedroht.

Breslau, den 30. Mai 1925. 2742

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien.

Großer Ausverkauf
Graupenstraße 6/10
in Trikotagen, Wäsche, Kleiderstoffen und Baumwollwaren.

Die in dem Lokal der Firma **L. & A. Langstädt** befindlichen Waren bringe ich ab **Montag, den 8. Juni, 10 Uhr vormittags** zu

sensationell billigen Preisen

zum Verkauf.

Unübertrefflich günstige Einkaufs-Gelegenheit.

2747 **S. BLASSE, Graupenstraße 6/10.**

NB. Der Verkauf findet nur in dem **L. & A. Langstädtschen Lokal**, Graupenstr. 6/10, statt.

Magerkeit wirkt unschön

Schöne volle Körperformen
durch unser 5187
„Hegro-Kraftpulver"
in 6—8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Str. 3
Hygiea-Apotheke, Tauentzienstraße 91

SITTE

Wie man über Sitte-Brillen urteilt:

25. 10. 24. Da es seit mehr als 50 Jahren bei uns heißt: Die Brille, bitte, nur bei Sitte, bitte ich Sie, mir eine neue Brille zu senden usw.
gez. **G. R.**, Carlsruhe O.-S.

25. 10. 22. Vor allem besten Dank für das Augenglas, das sehr gut ist und mit dem ich sehr zufrieden bin usw.
Pfarrer **R. P.**, Oberaltstadt bei Trautenau.

19. 11. 24. Das Arbeiten mit der gestern dort verpaßten Brille ist vorzüglich usw.
W. R., Oberpostsekretär, Oels.

17. 2. 25. Ich könnte mir die Brille ja auch hier machen lassen oder kaufen, aber da die letzte so gut saß, gehe ich nach dem Spruch: Die Brille, bitte, nur bei Sitte usw.
G. St., Roßwein i. Thür.

Treten Sie bitte auch in den Kreis meiner anhänglichen und begeisterten Kunden. Ich erwarte Ihren freundlichen Besuch.

Optiker Sitte, Breslau
8 Alte Taschenstraße 8 5135

Ein Wort an alle Sommerurlauber!

Sommerurlaub! Das Wort klingt wohl jedem wie Musik in den Ohren. Ist es doch die Zeit der Erfüllung, langersehnter Erholung in Luft und Sonne, Wind und Wasser, Bergeshöhe, Feld-, Wald- und Wiesengrün. Ganz frei zu sein, wenn auch nur kurze Zeit im Jahre, einmal nur seiner eigenen Erholung leben zu können, jedem sei es gewünscht und gegönnt. Wie oft aber macht der launische Wettergott einen Strich durch die Rechnung, öffnet die Schleusen des Himmels ergiebig und fesselt oft für Tage ans Haus? Wer kennt nicht dieses Pech und die Langeweile an solchen Tagen in den frischen Sommerfrischen? Ein gutes Buch mitzunehmen, ist da einziger Trost. Aber wirklich gut und unterhaltend muß es sein, denn es soll Ersatz sein, an solchen Tagen. Mehr als Ersatz, ja geistigen Gewinn bietet ihnen mit nachfolgenden Büchern die Volkswachtbuchhandlung, Breslau III, Neue Graupenstraße 4. Die Bücher sind außerdem sehr billig, jeder Band nur 1.75 ℳ, dabei aber auf gutem weißen Papier in klarer Schrift gedruckt und in halbleinen gebunden.

Drachenvogel, Friedemann Bach . 479 S.	Gottfr. Keller, Züricher Novellen . 395 S.
Dostojewski, Der Spieler . . . 304 S.	Gottfr. Keller, Martin Salander . 316 S.
Flaubert, Madame Bovary . 318 S.	Gjellerup, Das Weib? . . . 318 S.
Jacobsen, Gesinde . 295 S.	Gjellerup, Die Aebtissin von Tafers . . . 376 S.
Heinle, Arbeiteleben . 347 S.	Mallon, Der Igel . . . 358 S.
E. T. A. Hoffmann, Die Elixiere d. Teufels 351 S.	Mörike, Das Bildnis bei Derlin Gretz . 328 S.
E. T. A. Hoffmann, Kater Murr . . . 350 S.	

Bestellen Sie gleich gegen folgende Zahlkarte! Versand gegen Nachnahme sofortige Zustellung!

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Stenographie Schreibm.-Kurse
Thielking, Karlsstr. 57.

Pferdenummern bis Nr. 5500
Nimdichkaufen Leiskauer
Inh.: E. Kreus.
Brandenburger Straße 24.

Fahrräder-Rahmen
günstigste Zahlungsbedingung. Reparaturen aller Art prompt und fachgemäß 5183
Schölzke & Co.
Schmiedebrücke 27.

Verkaufe fast neue Nähmaschine
Offerten unter SA. 171 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/5

Arbeitsmarkt

Zuverl. org. Genossin
z. Einkassieren d. Beiträge
gesucht.
Meldungen vormittags in Bureau des Sattler- und Tapezierer-Verbandes, Gabitzstr. 43, I. b. Friedrich

Redegew. Herren
zum Einsammeln für Inserate bei hohem Verdienst sofort gesucht. Wegehaupt, Matthiasstraße 102, I.

Händler f. Edel-Seife sofort Lieferant, Heinrichstraße 16.

Perfekter Durchnäher und Nagler
gesucht. 5116
Schuh-Zentral Guido Kahlert,
Ziegenstraße 67.

Unsere Leistungsfähigkeit!
Der moderne Hut
Qualitätsware in allen Farben
Schönfeld & Co. 6.75
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19/18
Kupferschmiede-Str. — Zwingerstraße
Bohrauer-Str. 45 u. Kloster-Str. 7

Für die Schriftleitung verantwortlich: Fritz Simon, für die Anzeigen: Max Lehmann — Druck: Druck AG — Breslauer Straße 4 — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., Breslau 2, Breslauer Straße 4

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

SPD. Beamten-Funktionäre. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr,

wichtige Sitzung.

im Zimmer 6 des Gewerkschatshauses. Au der Tagesordnung steht: Stellungnahme zu den Vorschlägen der Beamten-Zentrale und Wahl des Mitgliedes zum Reichsbeamtenbeirat. Erscheinen sehr wichtig. Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Distrikt 13. Heut Abend 8 Uhr findet im Distriktslokal Leuthenstraße 72 eine Distriktsversammlung statt. Wichtige Distrikts-Angelegenheiten.

Distriktsführer. Die Plakat für die am Donnerstag stattfindende öffentliche Versammlung sind von heute nachmittags an im Parteisekretariat abzuholen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Juni.

Die alten Germanen und das Baden.

Schon längst badet wieder alles, alt und jung, an unsern Flußufern, und ein jeder, der es mit dem Volke wirklich gut meint, muß seine helle Freude an diesem feuchtfröhlichen, der Gesundheit dienlichem Treiben haben. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß die Deutschen von jeher ein wasserfrohes Geschlecht waren und wo immer sie wohnten, auch in den kältesten Landstrichen, liebten das erfrischende Flußbad, wobei ihr keuscher Sinn durchaus nichts Arges dabei fand, wenn Mann und Weib nebeneinander im natürlichen Zustand der Nackheit sich zeigten. So berichtet uns der bekannte römische Schriftsteller Tacitus, gest. 117, und Julius Cäsar, gest. 44 v. Chr. Ihre Liebe zum Wasser machte sie auch zu tüchtigen Schwimmern und die Geschichte erzählt, daß sie gerade als solche im Kampfe mit ihren Feinden, besonders den Römern, große Vorteile und Siege errangen, indem sie sich in die Flut warfen und die Schiffe der Feinde zum Entern brachten. Von Karl dem Großen — 768 bis 814 — wird berichtet, daß er als der tüchtigste Schwimmer seiner Zeit galt und eifrig darauf bedacht war, diese Fertigkeit in weiten Kreisen zu erhalten und zu erhöhen. Friedrich Barbarossa büßte während des Kreuzzuges 1190 seine Lust am Baden mit dem Leben.

Wie auch die Ritter des Mittelalters die Freude am Schwimmen und die Fertigkeit in dieser Kunst hüteten, geht schon aus dem Rittersiegel hervor, der als zweite Tugend des Ritters preist:

Die zweite, daß er schwimmen kann,
Daß im Wasser dreist er tauche,
Daß er sich krümm und dreh der Mann
Auf dem Rücken, auf dem Bauche.

Die geistliche, scholastische Erziehungsweise des Mittelalters sah freilich alle leiblichen Uebungen als Hemmnis für das Wachstum des geistigen Menschen an und unterdrückte sie. Auch die Reformation im Anfang der Neuzeit war mit ihrem vorzugsweise der Religion zugewandten Sinne diesem Leibessport nicht günstig. So äußert sich der Schweizer Reformator Zwingli sehr kühl: „Schwimmen habe ich wenigen nützen gesehen, wiewohl es zuzeiten lustig ist, die Glieder im Wasser zu strecken und wie ein Fisch zu werden.“ Katholische wie evangelische Schulordnungen beginnen um diese Zeit einen wahren Feldzug gegen den Schwimmeifer der ihnen anvertrauten Jugend zu führen. Doch dies alles konnte dem gesunden Naturdrang zum Wasser und Schwimmen wenig Einhalt tun. So lesen wir im Froschmäusler vom Jahre 1595:

Wie auf den Schulen gleich den Enten
Baden und tauchen die Studenten,
Schwimmen künstlich wie Gans und Schwanen,
Fischen, fahren im Schiff und Kahnen.

Auch in den Häusern und Wohnungen selbst wurde das Baden sehr gepflegt. In den Ritterburgen wie im Bürger- und Bauernhause war die sogenannte Badekufe viel im Gebrauch, von der in jedem Geschichtswerke über die Deutschen Abbildungen zu finden sind. Man versteht darunter Wannen größeren Formats, in jeder sitzt ein Mann einer Frau gegenüber, während ein Breit, das zwischen beiden gelegt ist, Erfrischungen trägt.

Daneben bestanden in Dörfern und Städten zahlreiche öffentliche Badestuben, die sich regsten Zuspruchs erfreuten. Ein Sprüchlein sagte:

„Willst einen Tag recht fröhlich sein?
Geh in's Bad hinein!“

Nach diesem Grundsatz lebte man und man kann sagen, daß das Baden als Hauptbelustigung des Mittelalters galt. Wollte man dem Volke eine Freude machen, so rüstete man ihm ein Freibad. Wie heutzutage ein Trinkgeld, so verabfolgte man damals ein Badegeld. Wie man heutzutage um die Zeche spielt, so damals um das Badegeld.

Aus diesen Badestuben entstanden, allerdings viel später erst, unsere Bade- und Schwimmanstalten. Die erste Badeanstalt, die in Breslau aufgetan wurde, war die von Kallenbach im Jahre 1837. Die wenigen Bade- und Schwimmanstalten, die wir in Breslau haben, würden nicht im entferntesten hinreichen, dem Volksbedürfnis nach Baden und Schwimmen zu genügen, so daß wir uns freuen können, daß jetzt, was noch vor wenigen Jahren als undenkbar erschienen wäre, das Baden im Freien, an den Gestaden unserer Oder und Ohle, in solch gesunder, fröhlicher Weise sich abspielt. Doch leider lassen die vielen Unglücksfälle erkennen, daß die Badenden nicht genügend mit dem nassen Element vertraut sind, wo auch viele Gefahren lauern. Deshalb sollte niemand seinem Badebedürfnis an Stellen genügen, die ihm nicht genau bekannt sind. Ebenso sind die gesundheitlichen Regeln wohl zu beachten, vor allem die, daß man sich nie in erhitztem Zustande den kühlen Fluten anvertrauen soll. Am besten ist es, Mitglied des Schwimmvereins „Poseidon“ zu werden, der die rechte Vertrautheit mit dem Wasser vermittelt. R.

Versammlung der Arbeiter-Funkfreunde.

Wie notwendig es war, daß für die werktätige Bevölkerung eine Versammlung einberufen wurde, die sich mit der neuesten Kulturerrungenschaft, dem Radio, beschäftigte, zeigte der Freitag abend, an dem sich im Gewerkschaftshause so viele Funkfreunde zusammengefunden hatten, daß der dafür bestimmte Saal bei weitem nicht ausreichte, sondern viele umkehren mußten. Erst vor wenigen Wochen war der Gedanke der Gründung einer freien Radio-Vereinigung in Breslau aufgetaucht und schon ist die Vereinigung fest fundiert und hat eine stattliche Anzahl Mitglieder. Ueber die Frage: „Was will die freie Radiovereinigung Schlesien“, sprach Funkfreund Przybylski. In erster Linie ist es natürlich die Absicht, Einfluß auf den Breslauer Sender zu bekommen, denn der übergroße Teil der Zuhörerschaft setzt sich schon heute aus Angehörigen der werktätigen Bevölkerung zusammen. Die Vereinigung will aber auch, daß das Radio nicht Gemeingut weniger bleibt, sondern daß es allen Volksschichten zugänglich gemacht wird. Schlesien hat 4¼ Millionen Einwohner. Als am 26. März d. Js. die Funkstunde in Breslau geschaffen wurde, hatte sie 850 Teilnehmer in Schlesien. Bis Ende April d. Js. stieg deren Zahl auf 47 000. Dem von der Schlesischen Funkstunde gegründeten Verein gehören davon in ganz Schlesien nur 700 Mitglieder, in Breslau nur etwa 300 Mitglieder an. Für den Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es schon von vornherein schwer, sich diesem Verein anzuschließen, da er außer hohen Eintrittsgebühren auch hohe Vereinsbeiträge verlangt. Aus diesen Gründen hatten sich einige Leute zusammengefunden und die freie Radiovereinigung geschaffen, die sich zum Ziele gesetzt hat, bei dem geringen Vereinsbeitrag von monatlich 50 Pfg. ihren Mitgliedern eine große Reihe Vorteile zu verschaffen. So soll den Mitgliedern, insbesondere auch den jugendlichen, die nur einen Monatsbeitrag von 30 Pfg. zu leisten haben, Gelegenheit gegeben werden, sich selbst von gutem billigen Material Apparate zu bauen. Für diese Zwecke werden Bastelabende veranstaltet werden; auch ist für die Zukunft ein Experimentierraum in Aussicht genommen und ein eigener Sender. An den Breslauer Sender haben die werktätigen Funkfreunde verschiedene Wünsche und sie hoffen, daß die dortige Leitung diese Wünsche auch in Zukunft berücksichtigen wird. Nicht nur für die oberen Zehntausend, sondern für das gesamte Volk soll diese Kulturerrungenschaft da sein, und darum soll der Sender auch ein Mittel zur Weiterbildung der Arbeiterschaft sein. Die Vorträge dürfen nicht nur so eingestellt werden, wie es die Arbeitgeberschaft wünscht, sondern auch der Arbeitnehmerschaft verständlich sind. Ausgehend davon, daß das Radio ein Bildungsinstitut werden soll, will die freie Radiovereinigung gemeinsam mit dem Verein der Funkstunde an dessen Weiterentwicklung arbeiten. Diese Ausführungen wurden von den Versammelten mit Beifall aufgenommen und in der Aussprache die Wünsche des Redners noch unterstrichen.

Sämtliche anwesenden Funkfreunde wurden Mitglied der freien Radio-Vereinigung und so wurde sofort die erste Mitgliederversammlung abgehalten. Als erster Vorsitzender wurde der Funkfreund Przybylski gewählt. Dem Vorstand wird ein technischer Ausschuß angegliedert. Die Mitgliederversammlung beschloß nunmehr den Anschluß an die Reichszentrale in Berlin, die auch die Audion Versuchserlaubnis besitzt, die sich alsdann auf alle angeschlossenen Vereine erstreckt. Ein Antrag an die Funkstunde, mit dem Wunsche, der Oeffentlichkeit Zweck und Ziel der „Freien Radio-Vereinigung bekannt zu geben, wurde einstimmig angenommen. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß in den nächsten Tagen von der Reichszentrale für die Mitglieder der freien Radiovereinigung eine Fachzeitschrift herausgegeben wird, und beschlossen, in Kürze eine neue öffentliche Werbeversammlung abzuhalten und hierzu einen großen Saal zu nehmen.

Stadtverordnete und Stadträte.

Dienstag abend 8 Uhr findet eine sehr wichtige Fraktionssitzung im Gewerkschaftshause statt.

Deutscher Rundflug.

Die Ankunft der Flugzeuge des Deutschen Rundfluges vollzog sich heute vormittag in kurzen Zwischenräumen zu den erwarteten Zeiten. Die Flugzeuge, die zur Landung verpflichtet waren, flogen nach kurzem Aufenthalt wieder weiter, so daß bereits gegen 9 Uhr die Hauptmasse der beteiligten Flugzeuge sich auf der Rückkehr befand.

Steuerkalender für Juni 1925.

5. Juni: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 21. bis 31. Mai einbehaltene Beträge. Keine Schonfrist.
10. Juni: Vorammeldung und Vorauszahlung der Umsatzsteuer seitens der Monatszahler für Mai. Schonfrist eine Woche.
15. Juni: Zweite Rate der Vermögenssteuer, falls nicht besondere Regelung erfolgt. Schonfrist eine Woche.
15. Juni: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. bis 10. Juni einbehaltene Beträge. Die neuen Freibeträge und Sätze sind zu beachten. Keine Schonfrist.
15. Juni: Grundvermögens- und Hauszinssteuer. Schonfrist eine Woche.
25. Juni: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 11. bis 20. Juni einbehaltener Beträge. Neue Freibeträge und Sätze sind zu beachten. Keine Schonfrist.

* * *

Die Vorauszahlungen für die Einkommen-Körperschafts- und Gewerbesteuer sind auf Grund des Ueberleitungsgesetzes erst am 10. Juli zu entrichten.

Sehr richtig!

Während sich die deutschnationale Presse gegenüber der Abwehrnote im Allgemeinen nur in verlegenem Gestammel ergeht, da ja jetzt Hindenburg und deutschnationale Minister sehen müssen, wie sie mit solchen Noten fertig werden, schimpft die verantwortungslose „Tagespost“ in der altberühmten Weise weiter. Sie sagt:

„So rächt sich die Unterzeichnung des Versailler Diktats, jener ungeheure Betrug, in den das deutsche Volk durch Schurken und Verbrecher hineingestoßen wurde.“

Damit hat das Blatt zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen. Zwar wird nicht gesagt, wer die Schurken und Verbrecher sind, aber jeder weiß, daß es die Ludendorff und Konsorten waren, mitsamt den Heimkriegern, die auf Grund der verlogenen Kriegsberichte die täglichen Siege mit Fähnchen auf den Karten verfolgten. Die Leute, die in ihrem Uebermut garnicht genug und lange genug „siegen“ konnten, die einen recht zeitigen Friedensschluß verhinderten, die das „Königreich Polen“ schufen, und zuletzt feige flohen oder sich ins Mauseloch verkrochen, als alles zusammenbrach.

Diese Schurken und Verbrecher meint die „Tagespost“ wahrscheinlich. Oder sucht sie die Schurken außerhalb ihrer Reihen?

Warum nicht das Reichsbanner?

Angesichts der Entwaffnungsnote jammert die „Schlesische Zeitung“ über das Schicksal der „vaterländischen Verbände“. Sie schreibt: „Ganz abwegig und eine unzulässige Einmischung ist das Verlangen, die vaterländischen Organisationen in ihrer Betätigung zu beschränken, während die Note wohlweislich Reichsbanner und Kommunistische Stoßtrupps nicht erwähnt, vermutlich, weil ihr die politische Betätigung dieser Verbände sympathisch ist.“

Die „Kommunistischen Stoßtrupps“ interessieren uns nicht, denn die Polizei wird ganz von selbst mit ihnen fertig. Das Reichsbanner dagegen ist nicht gegründet worden, um Krieg oder Bürgerkrieg zu führen, sondern um beides zu verhindern. Das Reichsbanner hat sich deshalb auch nicht bewaffnet, doch stehen seine Frontkämpfer jederzeit der Polizei zur Verfügung, sobald Putschisten irgendwelcher Art einen Angriff auf die Verfassung wagen. Mit der Reichswehr hat das Reichsbanner bisher keine Fühlung gehabt, denn die Reichswehr hat unter Herrn Geßler keinen Wert darauf gelegt, sich aus Republikanern zu rekrutieren. Die „vaterländischen Verbände“ tragen übrigens die Hauptschuld an der Entwaffnungsnote, denn in allen Kreisen hat man mit Bestimmtheit erwartet, daß sie nach getaner Arbeit, nachdem sie [illegible] Straße haben sie erst neulich bei der Hindenburgwahl „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ gesungen. Das Schicksal dieser Verbände bedauern wir um so weniger, als sie es sich selbst zuzuschreiben haben. Doch daß das Land wegen diesen Leuten Demütigungen erfährt, bleibt zu bedauern. Aber das Volk hat ja bei den Wahlen dem politischen Faxkentum vertraut und ist ihm nachgelaufen.

Wer verteuert das Fleisch?

Ein Fleischermeister schreibt uns:

Die Lage auf dem hiesigen Fleisch- und Wurstmarkt basiert, wie auch jeder Laie weiß, auf dem Auftrieb und dem Handel von Schlachtvieh am wöchentlichen Viehmarkt. Daß die heutige Frequenz des Auftriebes im Vergleich zur Vorkriegszeit unbedingt und zumindestens als vollständig ausreichend zu bezeichnen ist, geht aus dem vorliegenden statistischen Material zur Genüge hervor. Als natürliche Folge mußte man auch — wenigstens bei Fleisch- und Wurstwaren — eine entsprechende ähnliche Preisbildung annehmen, wobei selbstverständlich die zurzeit geltenden Steuersätze zu berücksichtigen wären. In Wirklichkeit klafft aber zwischen den beiden Polen Lebendviehpreis — Fertigwarenpreis eine auch durch die höheren Steuern nicht zu überbrückende Lücke. Es müssen also Kräfte am Werke sein, also „Zwischenverdiener“, die es verdienen, daß ihnen einmal die Polizei ganz gehörig auf die Finger sieht. Wie es damit steht, soll jeder Leser, auch der Nicht-Fleischer, unbefangen selbst erkennen aus der schlichten Schilderung der Erfahrungen, die ein Kollege am Mittwoch, den 3. Juni, auf dem Viehmarkttag machte.

Es handelt sich um einen kleinen Fleischer, der in den Markthallen trotz der dort herrschenden gewaltigen Konkurrenz durch unentwegte Arbeit von früh bis abends sein Gewerbe betreibt. Er unternahm das Wagnis, mit 300 Mark in der Tasche, zusammen mit einem anderen Kollegen aus der Markthalle, gemeinsam den Versuch zu unternehmen, ein Schwein, ein Kalb und ein halbes Rind zu kaufen. Ist es schließlich beiden gelungen, mit Hilfe ihrer kräftigen Ellenbogen — die Prügeleien auf den Viehmärkten und das Rennen um das Vieh sind auch dem Publikum aus den Zeitungen bekannt — ein oder gar zwei Kälber zu kaufen, so ist das gleichbedeutend mit dem Haupttreffer einer Lotterie. Sind aber beide, stolz die Brust aufgebläht ob dieses eben errungenen Erfolges, vermessen genug, eine halbe Stunde später bei Beginn des Schweinemarktes nach den Preisen eines dieser Tierchen zu fragen, so erregt diese neugierige und unnütze Frage bei den Händlern und großen umstehenden Geschäftsleuten nur schallende Heiterkeit, mehr als das beste Bild von P. Simmel. Der Händler, die schüchterne Anfrage als Witz auffassend, bietet ihm die ganze Bucht an und der dahinterstehende große Geschäftsmann nimmt lächelnd das Angebot an. Kein Wunder, daß zum Beispiel an diesem Tage der gesamte Auftrieb von 2200 Schweinen in knapp einer halben Stunde ausgekauft ist. Als betrübte Lotzgerber ziehen die beiden Kollegen zum Rindermarkt, wo sie getröstet werden. Denn hier gibt es erstklassiges Vieh auch für sie. Aber sie denken an die Worte Lohengrins: „Nie darfst du mich befragen — — nach dem Preise!“

So erklärt es sich, daß der größte Teil der Fleischermeister in Breslau gezwungen ist, bei den Engrosschlächtern zu kaufen. Es bleibt ihnen keine andere Wahl, denn schließlich haben doch auch die kleinen Fleischer eine Existenzberechtigung. Die Preise, die ihnen abgefordert werden und die bezahlt werden müssen, halten sich bei Schweinehälften seit zwei Wochen auf etwa 0,80 Mark pro Pfund, bei Kälbern auf etwa 0,90 bis 1 Mark, bei Rindern auf etwa 0,70 bis 0,85 Mark, bei Hammeln auf einem Durchschnittspreise von 0,85 Mark inklusive Kopf und Gelinge. Jedem Laien, der als Konsument die Kleinverkaufspreise leider nur allzu sehr kennt, wird es somit klar werden, daß bei diesen Einkaufspreisen ein Fleischermeister weder Auto noch Traber kaufen kann, aber er kommt so ziemlich bei einigem Nachdenken zur Erkenntnis, wo der wirkliche Herd des Treibens der Preise liegt. Dort den Hebel anzusetzen, ist Sache der Behörden, die dazu berufen sind. Der kleine Fleischermeister und die konsumierende Bevölkerung, die beide billige Preise wünschen, werden ihnen Dank wissen.

Bezeichnung des Selbstanschlußamts in der Elsasser Straße.

Das selbsttätige Fernsprechvermittlungsamt in der Elsasser Straße, das noch im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen wird, erhält die amtliche Bezeichnung „Stephan“.

Die an dieses Amt anzuschließenden Teilnehmer erhalten, wie bisher vorgesehen, die Rufnummern 30 000 bis 39 999 mit der zusätzlichen Bezeichnung „Stephan“, also z. B. „Stephan 35 136“. In dieser Form werden die Rufnummern der in Betracht kommenden Teilnehmer in die demnächst erscheinende Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuchs, und zwar in Klammern hinter der bisherigen Nummer, aufgenommen werden.

Für die an die Aemter Ring und Ohle angeschlossenen Teilnehmer ergibt sich aus dieser Regelung, daß sie bei Verbindungen mit Teilnehmern des Amtes Stephan zunächst, nachdem sich die Vermittlungsbeamtin gemeldet hat, „Amt Stephan“ verlangen und erst, wenn sich dieses mit „Hier Amt Stephan“ gemeldet hat, die Nummer des gewünschten Teilnehmers ohne den Zusatz „Stepan“ ansagen.

Die Teilnehmer des Amtes Stephan werden durch die Bezeichnung ihres Vermittelungsamtes mit diesem Namen nur insoweit berührt, als ihre künftigen Rufnummern neben der einer größeren Zahl dieser Teilnehmer bereits mitgeteilten Nummer noch den Zusatz „Stephan“ erhalten.

Nähere Angaben über den Fernsprechverkehr mit dem Selbstanschlußamt Stephan werden in den Vorbemerkungen zum neuen amtlichen Fernsprechbuch enthalten sein.

Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die genaue Beachtung dieser Betriebsvorschriften zur Durchführung eines reibungslosen Fernsprechverkehrs unerläßlich ist.

Deutschnationale Außenpolitik.

Jetzt geht's bei gedämpfter Trommel Klang,
Denn seit wir regieren, ist schwül uns und bang,
Die eherne Schnauze uns zugefror,
Und willig wir leihen dem Feindbund das Ohr!

Die Schuldfrage wird nicht mehr angetippt,
Wir sind mit den Schuldigen zu sehr verippt,
Und was man uns vorschreibt, das wird jetzt berappt,
So sehr wir auch einstens sind übergeschnappt!

Und wenn das Ausland uns kontrollt,
Wir haben Revanche niemals gewollt,
Wir wollten nur immer, daß endlich erfüllt,
Und damit des Feindbundes Haß wird gestillt.

Dafür wird uns auf den Leib gerückt
Von Wählern, die einstens bewundernd geblickt
Auf unsere Haltung stramm national,
Die mutig wir zeigten vor jeder Wahl!

Die Futterkrippe war unser Ziel,
Wir haben erreicht sie durch unser Gewühl,
D daß wir [illegible] hätten [illegible]
Daß zurück wir hätten auf Staatsopposition! Rebs.

Landeskundliche Ausstellung von Schlesien im Ausstellungsgebäude der Messegesellschaft.

In Verbindung mit dem 21. Deutschen Geographentag ist eine Ausstellung über unsere Provinz zustandegekommen, die weit über die Kreise der Fachgeographen hinaus das Interesse der ganzen Bevölkerung zu finden verdient. Sie will „ein möglichst allseitiges wissenschaftlich begründetes Bild von Land und Leuten bieten" und führt zu diesem Zwecke dem Beschauer in drei gegliederten Hauptabteilungen die Natur des Landes, seine Wirtschaft und Kultur, und schließlich die charakteristischen Landschaften selbst vor. Alle Darstellungsmittel: Photographie, graphische Darstellung, statistische Tabellen, Gebirgs-Reliefs, Naturerzeugnisse, Handwerks- und Industrieprodukte, nicht zuletzt das künstlerische Bild, sind vereint, um den erstrebten Zweck zu erreichen.

Professor Friederichsen, der in seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Leiter die Ausstellung am Dienstag zum Abschluß des ersten Verhandlungstages der Geographen eröffnete, betonte, daß sie im Aufbau und Allseitigkeit für sich das Recht der Originalität in Anspruch nehmen dürfe. Ein in der Absicht ähnliches, nur nicht ganz so groß gehaltenes Unternehmen stelle lediglich die „Wanderausstellung Ostpreußen", die 1922 in Königsberg gezeigt wurde, dar. Allen, die zu ihrem Gelingen beitrugen, Wissenschaftlern und Künstlern, nicht zuletzt den Behörden von Stadt, Provinz und Reich wegen der gewährten finanziellen Unterstützungen, gebühre deshalb der wärmste Dank.

Die darauffolgende Führung zeigte, daß die Ausstellung ihrem weitgestreckten Programm entspricht und der mit ihr unternommene Versuch als gelungen anzusehen ist. Abteilung I: Natur des Landes gibt eine Uebersicht über das geologische Werden, über Natur- und Pflanzenwelt, Klima und Wetter. Eine eigens für die Ausstellung hergestellte Strukturkarte im Maßstab 1 : 100 000 zeigt den geologischen Inhalt, ein Treppenrelief der schlesischen Sudeten sehr anschaulich die äußere Gestaltung. Gesteinsproben, vor allem aus unseren Mineralogenstätten, Charakterbilder aus der Repetation Schlesiens verbinden sich mit Darstellungen unserer Tierwelt. Hier ist besonders interessant eine photographische Darstellung der Ausbreitung der nordamerikanischen Bisamratte, die seit 20 Jahren von ihrem Ausgangspunkt in Böhmen her eine wahre Landplage immer weiterer Gebiete geworden ist. Seit 1924 ist sie in Schlesien heimisch, das Jahr 1925 hat sie auch bereits wesentlich vordringen lassen.

In die Geschichte und Arbeit der Bewohner Schlesiens führt Abteilung II. Typische Funde aus der jüngeren Steinzeit, der Bronzezeit und der Eisenzeit behandeln die Vorgeschichte der Provinz. Mittelalter und neuere Geschichte werden durch Ansichten der Städte, Klöster und Burgen lebendig, unterstützt von alten Stadtplänen und Karten. Dazu kommen Flurkarten, Karten der Land- und Bevölkerungsverteilung usw. Die Industrie ist mit Bildern ihrer Werke, Produktionsstatistiken und wesentlichen Stücken ihrer Produktion vertreten. So Bergbau, Hüttenwesen und Gesteinsindustrie. Töpferware zeigt sich vom einfachen Ton bis zum Porzellan. Daran schließen sich Textilprodukte aller Art und nicht zuletzt Erzeugnisse von Land- und Forstwirtschaft. — Reichsbahn, Reichspost, Flugverkehrsverein, Oberstrombau-Verwaltung, Provinzialverband von Schlesien und der Magistrat Breslau wirken in einem großen Raum zusammen, um die Mannigfaltigkeit und Größe des schlesischen Verkehrs zu zeigen. Den Hiesigen werden hier besonders Stücke aus dem Reichspostministerium interessieren.

Hat man so die Einzelheiten des modernen Wirtschaftslebens in ihrem Herkommen und ihrer derzeitigen Struktur betrachtet, so gibt der III. Teil der Ausstellung: Schlesiens Landschaften Gesamtbilder, aus den Mosaikstücken zusammengesetzt. Jede einzelne Landschaft hat ihre liebevolle Behandlung erfahren. Hier wird vor allem auch der photographisch Interessierte manches Anregende zu sehen bekommen. Im Mittelpunkt dieses Teil steht der große Oberschlesien mit 25 Wandgemälden schlesischer Landschaften von der Königsberger Künstlerfamilie Pfeiffer und dem Breslauer Maler Max Freese. Das Typische der verschiedenen Landschaften kommt in ihnen gut zum Ausdruck.

Ein besonderer Raum ist den schlesischen Dichtern gewidmet. Friedrich steht Gustav Freytag neben Jakob Böhme, Eichendorff neben Angelus Silesius und auch die Brüder Hauptmann. Bücher scheinen sich mit den Wändern der Schlesischen Zeitung recht gut zu vertragen (allerdings von diesen nur das Faksimile vorhanden ist)?

Der Ausstellung wird kein zu hohes Lob gespendet, als Professor Philippsohn sie im Schlußwort zum Geographentage als dessen Kernstück bezeichnete. Es ist zu hoffen, daß Breslaus Bevölkerung in den kommenden Wochen die Ausstellungsräume auch gründlich besucht.

Das Fest der Volksbühne.

Ein unübersehbares Gewühl von Volksbühnen-Mitgliedern ergoß sich am Sonnabend über das Scheitniger Gelände. Beim Anblick der Vielzahl von Festfeiernden wurde man erinnert an die Größe und Macht einer solchen Organisation. Auch Petrus, der Herr der Wolken und Winde muß von der Bedeutung des modernen Bünde-Wesens überzeugt sein, denn er segnete das Fest mit seinem schönsten Sommerwetter. Vielleicht freute er sich auch nur an dem Fest schlechthin, weil dergleichen, seit der Krieg die Fröhlichkeiten verschlang, immer noch etwas erstaunlich Neues ist. Ich meinerseits erinnerte mich kaum mehr an jene unreale fröhliche Stimmung: Eine schmetternde Kapelle, überwuchert von Stimmengewirr, aus dem die hohen Kinderstimmen wieder besonders herausschießen, unter dem Sommerhimmel; des nie endende Schwanken und schwatzhaft-aufgeregte Treiben und Ziehen, entstehend, weil keiner sich zum Sitzen oder Stehen, zum Hierhin und Dorthin entschließen mag, und im Munde eines jeden ein anderes Wort aus der Fülle des Festprogramms: Schokolade gesponnen! Bessie Hoffart! Freischütz-Ouvertüre! Geht Ihr tanzen? Alexander Mange ist Conferencier! Mutti, ich will auch eine Fackel! Na, da zieht auch immer Nieten!... einen Platz im Kabarett bekommen, wenn Emma Schmidt ....! Wann fängt das Feuerwerk an?... Das alles gab es wirklich. Der Kinder-Fackelzug durch die Pergola und das Feuerwerk, das sich im Teich spiegelte und zuletzt mit sprühenden Buchstaben die Breslauer Volksbühne empfahl — so wie wir auch tun möchten! — hat mir am besten gefallen, obwohl auch das Kabarett-Feuerwerk mit seinen Raketen nicht zu verachten war. Dem Leiter des Ganzen (des Festes und der Volksbühne), Herrn Paul Eggers und seinen Mitarbeitern wünschen wir guten Erfolg!

M. Br.

Vom Breslauer Stadthaushaltsplan.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat nach zwei weiteren Sitzungen im Laufe der letzten Woche seine Arbeiten beendet. Nach den vorläufigen Feststellungen des Ausschusses gleicht sich der Haushalt in der Gesamtsumme der Einnahme und Ausgabe mit 98 976 200 Mark (gegen 98 702 200 Mark nach dem Vorschlage des Magistrats) aus. Die Gaspreise für den Kubikmeter Gas (20 Pf.) und für die Kilowattstunde elektrischen Stromes (40 Pf.) bleiben nach den Beschlüssen des Ausschusses unverändert bestehen; die Gewerbesteuer soll mit 300 v. H. (statt 400 v. H.) Zuschlag nach dem Steuergrundbetrage nach dem Gewerbeertrage und nach dem Gewerbekapital erhoben werden.

Die vom Magistrat beantragte Preiserhöhung für Gas und Elektrizität ist mithin abgelehnt. Unsere Genossen haben bis zuletzt für eine Herabsetzung des Gaspreises auf 18 Pf. gekämpft, doch blieben sie mit ihren Anträgen allein. Sie haben den Standpunkt vertreten, daß der hohe Gaspreis nicht nur die kleinen Familien, sondern auch die Kleingewerbetreibenden sehr schwer belastet. Statt Ermäßigung der Steuer vom Gewerbekapital wäre die Ermäßigung des Gaspreises weit notwendiger gewesen. Die Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit entlasten die Kleingewerbetreibenden bezüglich der Gewerbesteuer sehr wenig, der große Gewinn aber sehr erheblich. Dagegen wirkt der hohe Gaspreis den Kleingewerbetreibenden weit schwerer als die Großen. [illegible]

Rechnung fällt eben immer [illegible] Bürgern aus. Doch die Wähler haben das so gewollt und müssen es zunächst tragen.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die gewaltigen Vorräte, die die Geschäftswelt zu den Pfingstfeiertagen herangeschafft hatte, konnte auch noch einen Teil der Nachfrage nach den Feiertagen befriedigen. Butter- und Fettpreise bewegen sich auf derselben Höhe wie vor den Feiertagen. Auffallend ist das Anziehen der Preise für das amerikanische Schmalz. Auch die Fleischpreise wollen sich nicht so bald von ihrem hohen Stande herunterbringen lassen. Hier und da gibt es wieder einige billige Angebote zu Ausnahmepreisen. Der Durchschnittspreis dieser Ware ist jedoch der der Vorwoche. Die Wildhandlungen sind außer mit Geflügel mit Rehfleisch gut versorgt. Auch Ziegenfleisch, das Pfund zu 60 und 70 Pfg., wird reichlich angeboten. Eier erfordern 10 Pfg. für das Stück und sollen voraussichtlich noch teurer werden.

Die Fischgeschäfte haben wieder große Vorräte herangeschafft, besonders an Seefischen hat man eine große Auswahl. Der billigste Seefisch ist der Seelachs, der im Schnitt für 19 Pfg. das Pfund abgegeben wird. 19 Pfg. kostet auch das Pfund Bratschellfisch mit Kopf. Kabliau kostet 23 Pfg. Seehecht 35 Pfg., Schollen 55 Pfg. und Petermann 80 Pfg. das Pfund. Kotelettes von Kabliau werden zu 45 Pfg. das Pfund verkauft. Die billigsten geschlagenen Flußfische sind die Barse, die 60 Pfg. das Pfund kosten, Karauschen kosten 1 Mark, Hechte 1,45 Mark, Schleien 1,60 Mark. An lebenden Flußfischen gibt es jetzt vorwiegend Aale, das Pfund je nach Größe von 2,50 bis 3 Mark und Schleien das Pfund zu 2,20 Mark. In Räucherwaren hat man wieder eine große Auswahl. Rochen hat einen Pfundpreis von 40 Pfg., Rotbarsch einen solchen von 48 Pfg., Seelachs kostet 52 Pfg. und Bücklinge 60 Pfg. das Pfund. Geräucherte Schollen werden schon von 5 Pfg. an das Stück angeboten und englische Matjesheringe kosten 20 bis 30 Pfg. das Stück.

Auf dem Gemüsemarkt haben sich wiederum einige neue Erzeugnisse eingefunden, die natürlich in Anbetracht ihrer hohen Preise noch nicht für einen Massenkonsum in Frage kommen. Das sind zum Beispiel die Pfefferlinge, die noch einen Pfundpreis von 1,40 und 1,50 Mark haben. Auch die ersten Schoten für 60 und 70 Pfg. das Pfund sind noch recht teuer. Oberrüben dagegen kann man schon von 25 Pfg. an das Gebund kaufen. Für 40 bis 50 Pfg. erhält man eine große Mandel. Auch der Salat ist jetzt zart und billig; je nach Größe kosten drei oder vier Köpfe 10 Pfg. Spargel gibt es noch in jeder Stärke; doch hat der beste Obernigker einen Pfundpreis von 1,20 bis 1,50 Mark. Suppenspargel ist von 40 Pfg. an das Pfund zu haben; der stärkere fordert mindestens 1 Mark. Spinat ist gegenwärtig knapp. Sein Pfundpreis ist 10 und 15 Pfg. Außer den holländischen Schlangengurken werden nun auch bereits schlesische Treibhausgurken reichlicher angeboten. Ihr Pfundpreis ist 80 Pfg. bis 1 Mark. Billig und gut sind gegenwärtig Radieschen und Rettige, die für 8 und 10 Pfg. das Gebund abgegeben werden.

Die jüngsten Obstsorten sind Walderdbeeren und Kirschen, letztere werden je nach Beschaffenheit zu 30 bis 60 Pfg. das Pfund abgegeben. Walderdbeeren haben den hohen Preis von 2,40 bis 2,80 Mark das Pfund. Was mögen die Pflücker für ihre mühsame Arbeit bekommen? Unsere Treibhauserdbeeren haben nun einen Pfundpreis von 1,20 bis 2 Mark. Die billigsten Früchte sind noch immer die Apfelsinen, die allerdings jetzt nicht mehr sehr saftreich sind. Auch die Bananen werden gern gekauft. Sie haben einen Stückpreis von 15 bis 25 Pfg.

Die Kräuterfrauen bieten nun allerlei getrocknete und frische heilsame Tees an. Die jüngsten Erzeugnisse sind getrocknete Kornblumen, das Bund zu 10 Pfg., getrocknete Preißelbeerblüten das Pfund zu 60 Pfg. und frische Holunderblüten, das Pfund zu 40 bis 60 Pfg.

Kriegergräberfürsorge.

In letzter Zeit haben sich verschiedentlich Firmen erboten, deutsche Kriegergräber in Frankreich instandzusetzen und zu unterhalten sowie auch Auskünfte über die Lage von Grabstätten zu erteilen. Um die Hinterbliebenen vor unnützen Geldausgaben zu bewahren, ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Französische Regierung gemäß einer im Vertrag von Versailles übernommenen Verpflichtung für die in ihrem Gebiet befindlichen deutschen Kriegergräber sorgt. Kürzlich erst hat der Direktor des Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber Berlin-Spandau, durch persönliche Besichtigung einer großen Anzahl Gräber festgestellt, daß der Zustand der Gräber, soweit diese überhaupt bisher instandgesetzt werden konnten, befriedigend ist. Eine Herrichtung der auf Militärfriedhöfen in Frankreich liegenden deutschen Gräber durch die Angehörigen oder deren Beauftragte erübrigt sich daher und wird auch von den Franzosen nicht gestattet. Auch sind zur Wahrung der Einheitlichkeit der Militärfriedhöfe von der französischen Regierung Richtlinien über den Umfang einer privaten Grabschmückung aufgestellt. Zugelassen wird diese nur insoweit, als dadurch jetzt und auch später die Aufgabe der von der Französischen Regierung angestellten Friedhofswärter, von denen jeder für etwa 1000 Gräber zu sorgen hat, nicht erschwert wird, und ferner die Einheitlichkeit der Anlage nicht darunter leidet. Auf Gemeindefriedhöfen ist mit Genehmigung des Bürgermeisters die Aufstellung von Grabzeichen, ebenso auch die Bepflanzung der Gräber der Angehörigen gestattet.

Für die Einholung von Auskünften über die Lage von Gräbern sind Firmen und sonstige private Stellen nicht zu empfehlen, da diese sich doch an die amtlichen französischen Stellen oder die zuständige deutsche Reichsbehörde, das Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Berlin-Spandau, Schmidt-Knobelsdorffstraße, wenden müssen. Erstere dürfen Privaten unmittelbar keine Auskunft geben, sondern sie übermitteln nur dem Zentralnachweisamt Einzelauskünfte und die endgültigen Gräberlisten. Mit Hilfe dieser erteilt das Amt dann kostenlos Auskunft. Soweit es sich um bayerische, sächsische und württembergische Heeresangehörige handelt, werden die Auskünfte von den hierfür zuständigen Stellen, nämlich: Vereinigte Reichsdienststellen München — Zentralnachweisamt — in München, Lerchenstraße 17, Reichsarchivzweigstelle-Zentralnachweisamt in Dresden, Arsenalplatz, Reichsarchivzweigstelle-Zentralnachweisamt in Stuttgart erteilt.

Nelson und der Klassenkampf.

Ueber dieses Thema sprach am 28. Mai Genosse Professor Dr. Marck in der Sozialistischen Studentengemeinschaft. Die Philosophie des Göttinger Universitätslehrers Leonard Nelson hat in den letzten Jahren in den Kreisen der Arbeiterjugend und der Jungsozialisten Eingang gefunden. Auch auf der diesjährigen Jenaer Reichskonferenz der Jungsozialisten traten die Anhänger Nelsons sehr in den Vordergrund. Nelson kommt ähnlich wie manche Neukantianer von der Ethik her zum Sozialismus. In Anlehnung an die Jünglinge des Philosophen Fries, der die kantische Philosophie im Sinne des aufkommenden 19. Jahrhunderts umbildete, prägt auch Nelson eine philosophische Staatslehre und eine „Politik der Vernunft" aus. Seine Rechts- und Staatsphilosophie ist die am weitesten durchgeführte Wiederbelebung des alten Naturrechts, die es in unseren Tagen gibt. Der Redner suchte in kritischer Auseinandersetzung mit dieser Lehre zu zeigen, wie bei der Forderung einer Politik der reinen Vernunft im Kantschen Gegensatze zu dem Marxismus die Fühlung mit den geschichtlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten fehlt, [illegible] Lehre entwickelt im Zusammenhang [illegible] geschichtliche Inhalte einführungsfähig wird, die nicht mehr aus der reinen Vernunft abgeleitet werden können. Es ist [illegible] und durch die Erfahrung bewiesen, daß aus Nelsonschen Ableitungen [illegible] Stimmen für den proletarischen von Nelson geforderte Partei des Rechts oder der Vernunft Sozialismus hervorgehen können, die in der Arbeiterpartei jene erblicken, die sich deshalb auch ohne geistes-aristokratische Vorbehalte dem praktischen Klassenkampfe des Proletariats restlos einordnen. Für die theoretische Erziehung aber der Jugend sei Nelsons Lehre, die im luftleeren Raume ohne Beziehung zur materialistischen Geschichtsauffassung und zum Klassenkampf konstruiere, abzulehnen.

Dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich die Genossen Kramschmidt, Levy, Teichmann und v. Grumbkow beteiligten und die auf die verschiedenen miteinander im Jungsozialismus ringenden Richtungen im wesentlichen Bezug nahm.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch, 10. Juni, nachmittags von 3—4 Uhr und Sonnabend, den 13 Juni, nachmittags von 5—6 Uhr statt. — Eingang Fränkelplatz 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

---

* **Vermißt** wird seit 2. Juni die Hausangestellte Else Riegel, am 26. Februar 1905 zu Breslau geboren, zuletzt hier, Bahnhofstraße 15, in Stellung gewesen. Die Vermißte ist etwa 1,65 Meter groß, blond, hat blaue Augen und ist etwas untersetzt. Bekleidet mit weißem Kleid, weißen Strümpfen, weißen Schuhen, weißem Hut und trägt eine schwarze Lackledernhandtasche bei sich. Personen, die über den Aufenthalt der Riegel Angaben machen können, werden gebeten, dies schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 7, zu tun.

* **Dem Landessekretariat der Sozialistischen Arbeiterjugend** ist laut amtlicher Mitteilung vom Herrn Regierungspräsidenten die Genehmigung erteilt worden, Postkarten zum Besten des Ferienheims der Schlesischen Arbeiterjugend bei Striegau innerhalb der Kreise der Breslauer Arbeiterschaft in den Monaten Juni, Juli und August d. Js. zum Verkauf anzubieten. Die mit dem Kartenvertrieb betrauten Personen haben sich durch beglaubigte Abschrift des Genehmigungsschreibens auszuweisen.

* **Die Flüchtlings- und Verdrängtengruppe heimattreuer Oberschlesier**, Breslau-Stadt und Land, hält am 9. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinslokale, bei Herrn Hirsch, Solzstraße 8, ihre fällige Monatsversammlung ab.

* **Stadtbibliothek**, Roßmarkt Nr. 7/9. Auswahl aus den Neuerwerbungen. Leihstelle geöffnet täglich von 9—2 Uhr. Jensen, Hans: Geschichte der Schrift. 1925. — Schulze, Friedrich: Der deutsche Buchhandel und die geistigen Strömungen der letzten 100 Jahre. 1925. — Kümpfer: Großes Menschentum aller Zeiten. Herausgegeben von H. v. Arnim. I—IV. 1923. — Brandes, Georg: Die Jesussage. 1925. — Hönigswald, Richard: Grundlagen der Denkpsychologie. 2. Auflage. 1925. — Bandmann, Georg: Verfahren vor den Mieteinigungsämtern und Beschwerdestellen. 1925. — Ebner, Albert: Wegweiser durch die deutsche Reichsgesetzgebung. 2. Auflage. 1925. — Lassalles letzten Tage. Nach den Originalbriefen und Dokumenten des Nachlassers. Herausgegeben von Ina Britschgi-Schimmer. 1925. — Sichler, R. und Tiburtius, J.: Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges. 1925. — Steiner, Joh.: Der Torf. 1925. — Schumann, K. E.: Akustik. 1925. — Feldmann, Josef: Ortsnamen. 1925. — Borchardt-Wustmann: Die sprichwörtlichen Redensarten. Neu bearbeitet von G. Schoppe. 6. Auflage. — Schnaß, Franz: Gerhart Hauptmann. 1924. — Stoeßl, Otto: Adalbert Stifter. — Daniels, Emil: Englische Staatsmänner. 1925. — Meurer, A.: Seekriegsgeschichte in Umrissen. 1925. — Hauser, Otto: Urgeschichte. 1925. — Bacano, M. J. v.: Volkniens Aufstieg. 1925. — Künstler Schlesiens. Herausgegeben vom Künstlerbund Schlesien. Buch I. 1925. — Reimann, W.: Geschichten und Sagen der Burgen und Städte im Kreise Waldenburg. 2. Auflage. 1925. — Breslauer Behörden- und Beamten-Adreßbuch. I. 1925. — Aus unserer Heimat. Herausgegeben von der heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Carlsruhe OS. Jg. I, 1924/25. — Sckeyde, Julius: Achtzig Jahre meines Lebens. 1925.

* **Festgenommen** wurden ein Kaufmann und ein Handelsvertreter, die seit dem Jahre 1926 von einem bereits in Untersuchungshaft befindlichen Beschlagschmied gestohlene Schreibmaschinen kauften. Letzterer beteiligte sich auch an einem Einbruchsdiebstahl bei einer Schauspielerin. Es sind ihnen damals große Mengen Kristallsachen, Kleider und andere Sachen als Beute in die Hände gefallen.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder -Trägerinnen; die Postbezieher haben die Postquittung beizulegen.
Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12—1 Uhr mittags.

101 RD. Wenn Sie sich verpflichtet haben, Mietzins für die Vergangenheit über die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes heraus zu zahlen, so sind Sie hierzu verpflichtet. Vereinbarungen zwischen den Parteien werden durch die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes nicht außer Kraft gesetzt insbesondere wenn sie die Vergangenheit betreffen. Ob Sie verpflichtet sind, die Kosten des Termins und die Anwaltsvertretung zu decken, hängt davon ab, was das Mieteinigungsamt in seiner Sitzung beschlossen hat. Ist ein dahingehender Beschluß nicht gefaßt, so sind Sie hierzu nicht verpflichtet. Irgendwelche weiteren Schritte, soweit sie sich auf die Vergangenheit beziehen, halte ich für zwecklos, sie würden Ihnen nur Kosten machen.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 6. 6. 25.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wind	Niederschlag	Gamas Höhe cm	Wetter
Kriebern	10	20	4	NW 2	—	—	heiter
Reinerz	10	18	3	O 2	—	—	klar
Schneekoppe	—	—	—	—	—	—	—
Reitzügerbude	—	—	—	—	—	—	—
Schreiberhau	—	—	—	—	—	—	—
Rote Schlesische	—	—	—	—	—	—	—
Landeck	—	—	—	—	—	—	—
Gröditzberg	—	—	—	—	—	—	—

Das große europäische Schönwetergebiet hat durch die Zufuhr kühler Luft vom Eismeer her erneut an Stabilität gewonnen und seinen Kern etwas westwärts auf die nördliche Nordsee verlagert. Die Störungen über dem Atlantik, im hohen Norden und in Südrußland können seine Mächtigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen. Das schöne Sommerwetter mit recht kühler Nacht wird daher weiter andauern. Aussichten: meist heiter, tagsüber warm.

Vereinskalender.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Dienstag, den 9. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Funktionäre des DEV. statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Funktionärausweiskarte und Mitgliedsbuch (Beitragskontrolle) berechtigen zum Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau. Wichtige Vertrauens- und Delegiertenversammlung: Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Zelt, Uferstraße 47/48. Thema: Unsere nächste Lohnbewegung. Alles erscheine! Ohne Vertrauens- oder Zweckmäßigkeitskarte keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten, Zahlstelle Breslau. Dienstag, den 9. Juni, abends 7½ Uhr, nächste Mitgliederversammlung im [illegible] Saal des Gewerkschaftshauses. Auch die auswärtigen Kollegen müssen anwesend sein. (Näheres siehe Inserat.)

Gewerkschaftsbewegung.

Internationale Arbeitskonferenz.

Hermann Müller in die Arbeitergruppe gewählt.

Genf. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes wurde am Donnerstag neugewählt. In die Regierungsgruppe trat der Vertreter Argentiniens an Stelle Chiles und der Vertreter Norwegens an Stelle Finnlands. Die Arbeitgebergruppe bleibt unverändert. Die Arbeitergruppe wählte als ihre sechs Vertreter Jouhaux-Frankreich mit 26, Poulton-England mit 26, Moore-Kanada mit 25, Oudgeest-Holland mit 25, Thorberg-Schweden mit 22 und Hermann Müller-Deutschland mit 25 Stimmen. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Serraarens-Holland, erhielt nur 5 Stimmen. Sämtliche Arbeitervertreter gehören dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Als Stellvertreter wurden bestimmt: Joshi-Indien, Schuerch-Schweiz, Arragona-Italien, Hueber-Oesterreich, Caballero-Spanien und Jarecki-Polen. Genosse Hermann Müller tritt auf Grund vorheriger Vereinbarung an die Stelle Lefparts, der infolge Arbeitsüberlastung von seinem Posten im Verwaltungsrat zurücktritt.

Das könnte ihnen so passen.

In dem kürzlich erschienenen Jahresbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände werden in einem zusammenfassenden Ueberblick über die deutsche Gewerkschaftsbewegung folgende Wünsche vorgetragen:

„Das Gesamtbild, das die deutsche Gewerkschaftsbewegung bietet, ist, daß die Zeit der größten Bedeutung der Organisationen vorbei ist und auch der Einfluß der Gewerkschaften als solcher und in ihrer jetzigen Form ist gesunken. Die Hauptschuld an ihrem inneren Verfall tragen die Gewerkschaften selber. Neue Organisationen und Bewegungen treten allmählich an die Stelle, die früher allein die Gewerkschaften inne hatten, unter anderem auch die Arbeitergruppen der Parteien (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei) und überparteiliche Verbände, die auf nationalem Boden stehen. Noch sind die Gewerkschaften — von den Kommunisten wird es gar nicht erwartet — nicht zu einer richtigen Erkenntnis der allgemeinen Zustände und ihrer Lage gekommen, noch sind keine Anzeichen einer gründlichen Wandlung in ihrer Gesinnung, in ihrem Verantwortungsgefühl zu bemerken. Noch ist auch der tiefste Grund der Gewerkschaftskrise nicht erkannt, nämlich die Ideenlosigkeit, das Fehlen eines durchführbaren Programms und der wirtschaftlichen Einsicht. Ehe sich aber diese Erkenntnisse nicht Bahn brechen, wird die Gewerkschaftsbewegung sich aber nicht erholen. Vor allem aber wird die deutsche Wirtschaft und damit der Staat nicht gesunden, solange ein großer Teil der Bevölkerung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage mit Verständnis- und Verantwortungslosigkeit gegenübersteht und in bureaukratischer Gewerkschaftsdogmatik sich wohl fühlt. Sollte es den kommenden Führern der unter der Oberfläche sich in letzter Zeit anbahnenden Bewegung unter der Arbeiterschaft selbst gelingen, die Gewerkschaften zu reformieren, sie in absoluter Weise wie die englischen „Trade unions" in den nationalen Staat einzugliedern und reale Wirtschafts- und Sozialpolitik unter voller Wahrung der Arbeiterinteressen zu treiben, so kann die deutsche Arbeitgeberschaft eine solche Festigung der Gewerkschaftsbewegung nur begrüßen.

* * *

Es scheint uns nicht, als ob dieser Bericht der Ausfluß jener Sorglosigkeit ist, der sich die Arbeitgeber nach außen hin den Anschein geben wollen. Wir nehmen auch nicht an, daß die Arbeitgeber selbst glauben, was ihnen der Jahresbericht ihrer Organisation erzählt. Wäre das wirklich der Fall, dann erbrächten sie damit nur den Beweis, daß sie von der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch viel weniger wissen als es ohnehin schon der Fall ist.

Was man im Lager der Arbeitgeberverbände mit solch naiver Berichterstattung bezweckt, ist nicht recht klar. Will man den Bezirksverbänden, die in solchen Dingen meist noch etwas, wenn auch nicht um vieles besser unterrichtet sind als die Gesamtverbände, das beklemmende Gefühl vor der wachsenden Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften nehmen? Das wäre zwecklos, denn es gibt Bezirksverbände in den verschiedensten Industrien, die sich von dieser Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften bereits überzeugen mußten und nicht gerade als Sieger heimgekehrt sind. Wer sich als Kenner der Gewerkschaftsbewegung die erfreuliche, in manchen Berufssparten geradezu überraschend schnelle Festigung der Gewerkschaften vor Augen hält, der kommt zu dem Schluß, daß selbst nicht einmal die Arbeitgeberverbände sich die lächerliche Plattheit leisten sollten vom „inneren Verfall" der Gewerkschaften zu reden. Denn so ganz unbekannt kann ihnen die Festigung der Gewerkschaftsfronten doch nicht geblieben sein. Es entspricht auch durchaus dem „Geschmack" der anderen Seite, wenn sie der Oeffentlichkeit gegenüber — ohne sich der Mühe des Nachweises zu geben — die Behauptung aufstellt, daß den deutschen Gewerkschaften das Verständnis und das Gefühl der Verantwortung für wirtschaftliche Notwendigkeiten fehle. Gegenüber einem solchen Anwurf in Verteidigung zu gehen ist um so weniger notwendig, als diese Ankündigung von einer Seite kommt, der niemand zuerkennt, daß sie Verständnis und Verantwortlichkeitsgefühl für die deutsche Wirtschaft gezeigt hat. Für das Maß der Verantwortung, dessen sich die deutsche Arbeiterschaft an der Wirtschaft bewußt ist, nur ein Beispiel: Die durch den Krieg und seine Folgen zu kümmerlichen Resten heruntergekommene Wirtschaft wäre elend vor die Hunde gegangen, hätten nicht die Bergarbeiter durch Leistung jahrelanger Ueberschichten bei erbärmlicher Bezahlung die Möglichkeit geschaffen, sie zu erhalten. Von diesem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Staat und der Wirtschaft wünschen wir den Arbeitgebern nur einen Bruchteil, ehe wir ihnen gestatten, derartige Töne anzuschlagen wie sie in jenem Bericht beliebt sind.

Endlich sollten die Arbeitgeber auch ihre Sehnsucht nach „nationalen überparteilichen" Verbänden — wie sie in den Wechselbälgen der Deutschnationalen Arbeitergruppen und anderer zum Ausdruck kommen — still werden lassen. Eine Gewerkschaftsbewegung, deren Entwickelung von den Arbeitgebern begrüßt würde, hätte aufgehört eine solche zu sein. Damit ist den Arbeitgebern zu ihren frommen Wünschen alles gesagt. Wir hindern sie indeß nicht, sich weiter in Illusionen zu wiegen.

Der Stinnes Glück und Sanierung.

Zu den Vorgängen im Stinnes-Konzern.

Es ist eigentlich nicht zum ersten Male, daß sich der größte Trust der Welt, der Stinnes-Konzern, in Finanzschwierigkeiten befindet und der Sanierung bedarf. Die Söhne des verstorbenen Hugo Stinnes können sich darauf berufen, daß schon Georg Matthias Stinnes die alte Mülheimer Familienfirma „Matthias Stinnes" in eine Aktiengesellschaft umwandeln mußte, um der Geldschwierigkeiten Herr zu werden. Das war nach der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848. Die Geldschwierigkeiten wurden damals für die Firma Stinnes so groß, daß Georg Matthias Stinnes nur dadurch kreditwürdig blieb, daß er das 50 Jahre alte Stinnessche Familienunternehmen durch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft der Kontrolle seiner Geldgeber unterwarf. Diese Kontrolle hat lange bestanden. Erst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts konnte der Betrieb wieder Handelsgesellschaft werden, das heißt sich von der Finanzkontrolle befreien.

Auch Hug Stinnes hat vor dem Kriege andauernd in Geldschwierigkeiten gesteckt. Die von ihm und Dernburg im Sommer 1901 gegründete Deutsch-Luxemburg A.-G. erforderte viel Geld und Hugo Stinnes konnte zu jener Zeit seine bereits einsetzende großen Zechenaufkäufe (friedlicher Nachbar, Dortmunder Steinkohlenbergwerke, Saar-Mosel-Bergwerke bei Merlenbach in Lothringen usw.) nur durch fortwährendes Lavieren an der Börse, wo Stinneswerte ausgesprochene Spekulationspapiere wurden, und ständiges Vergleichen mit den Großbanken durchführen. Seine finanzielle Lage besserte sich erst mit der Ausführung des berüchtigten Hindenburg-Rüstungsprogramms während des Krieges, an dem Hugo Stinnes Großverdiener wurde. Man schätzte das Vermögen des verstorbenen Hugo Stinnes, als der Krieg ausbrach, auf rund 30 Millionen Goldmark, aber schon auf 100 Millionen Goldmark, als der Krieg durch Deutschland verloren wurde. Selbst als sich der finanzielle Status der Firma Stinnes bedeutend gebessert hatte, blieb Hugo Stinnes, der die Inflation rechtzeitig erkannt und brutal ausnutzte, aus Prinzip überall Schuldner und die deutschen Banken hatten immer die größte Mühe, auch ziemlich weitgehend entwertete Papiermarkschuld bei dem „Königlichen Kaufmann in Mülheim" einzutreiben.

In diesem Kampf hat nun das deutsche Bankkapital gegen das Stinnessche Industriekapital gesiegt, der Stinneskonzern ist heute notleidend und muß die zweifelhafte Hilfe der alten Gegner, der deutschen Großbanken schlucken. Diese diktieren eine Neuorganisation des Konzerns, das heißt, eine Verringerung seines Umfanges und — die Finanzkontrolle. Neben dem unentbehrlichen Dr. Vogler wird der Konzern in Zukunft formell von Hugo Stinnes, in Wirklichkeit aber von dem rheinischen Braunkohlenindustriellen Dr. Silverberg und dem Hamburger Handelskammerpräsidenten Witthöft, der wohl der Sachwalter und Treuhänder der deutschen Großbanken ist, beherrscht.

Wie war das möglich? Als Hugo Stinnes starb, betrug sein Vermögen mehr als eine Goldmilliarde. Sein Vermögen war das größte Vermögen in Deutschland überhaupt und die Stinnessche Kapitalsmacht stellte sich der der nordamerikanischen Dollarkönige ebenbürtig zur Seite. Im Handumdrehen hatte Hugo Stinnes die gesamte deutsche Finanz überflügelt und ließ die Thyssen, die mit 400 Goldmillionen vor dem Kriege als die reichsten Leute in Deutschland galten, weit hinter sich zurück. Der Mülheimer Kaufmann hatte eine Finanzleistung vollbracht, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte. Lumpige zehn Jahre hatte Hugo Stinnes dazu gebraucht, während die großen Dollarvermögen in Nordamerika, die Vermögen der Morgan, Harriman, Carnegie, Ford, Rockefeller usw. ein oder mehrere Menschenalter zu ihrer Entstehung brauchten. Es gab eine Zeit in Deutschland, in der die ruhige Spießbürgerseele Hugo Stinnes als den neuen Messias anbetete. — Und doch hatte Hugo Stinnes als Grundlage und Beweger seiner Transaktionen den größten Krieg und die größte Inflation der Welt für sich. Wie er gehaust hat, wie er unter dem deutschen Kapital und den Sparmitteln Deutschlands aufgeräumt hatte, beweisen die Konsequenzen der Aufwertungsfrage. Das und die eingetretene Verelendung des deutschen Volkes während des Krieges und der Inflation besagen genug und alles — —!

Wäre es nun dem spekulativen Genie des verstorbenen Hugo Stinnes gelungen, die Katastrophe — um eine solche handelt es sich nämlich — zu vermeiden? Die Frage muß verneint werden und zwar spricht für unsere Auffassung die Art und Weise, wie der Stinnestrust aufgebaut worden ist. Man hat den Konstruktionsfehler im Stinneskonzern immer wieder darin gesehen, daß Hugo Stinnes keine Schmiede sehen konnte, ohne sie zu kaufen. Man sprach allen Ernstes von einer Stinnesmanie, die wahl- und ziellos einen Konzern zusammenschacherte. Diese Diagnose ist aber grundfalsch. Wenn Hugo Stinnes während der Inflation der große Aufkäufer der deutschen Industrie gewesen ist, so handelte er in der Gewißheit, daß er mit Papiermark und dazu noch mit Papiermarkkrediten der Reichsbank und anderer Geldinstitute bezahlte. In beiden Fällen verdiente er mit der von ihm geschickt und mit allen Kräften geförderten Entwertung der Reichsmark und führte so schließlich den Aufbau seines Riesenkonzerns von der Kohle bis zur fertigen Ware und dem Presserzeugnis auf Kosten des deutschen Volkes und des deutschen Volksvermögens durch. Dieser Bau war aber so nicht fertig konstruiert, ihm fehlte nur für das weitüberragende Gewölbe der alles tragende Pfeiler, den der Krieg zertrümmert hatte. Die Deutsch-Luxemburg A.G., das Kernwerk des Stinneskonzerns, war nämlich Hüttenwert, das sich auf dem billigen französischen Erz aufbaute. Die Lothringische Minette war das Fundament, durch das sich auch der Annexionspolitiker Stinnes während des Krieges erklärt, der u. a. Hindenburg und Ludendorff unheilvoll beeinflußte, um die unermeßlichen Erzlager bei Longwy in seinen monopolen Besitz zu bringen. Der Plan zerschlug sich mit dem verlorenen Weltkrieg. Hugo Stinnes mußte, um seinem Ziele näherzukommen und Deutsch-Luxemburg die erforderliche Erzbasis zu geben, andere Wege gehen, die er nicht zu Ende gegangen ist, da ihn der Tod und seine Nachfolger die Stabilisierung der europäischen Valuten überraschte. Stinnes selbst leitete nach dem Kriege die Annexion der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. und des Bochumer Vereins im Anschluß an die Anlehnung an die Siemens Schuckertwerke ein. So gewann er wohl eine ausgedehnte Fertigfabrikation und eine genügende Kohlenbasis. Aber was ihm fehlte und was seine Nachfolger auch nicht erlangen konnten, war das billige französische Erz, die begehrte Minette bei Diedenhofen und Longwy. Diese behielten seine großen französischen Konkurrenten in der Welt-Eisenwirtschaft und auf dem Welteisenmarkt immer in der Hand. Dadurch war eine der Quellen verstopft, aus der dem Riesenkonzern in normaler Zeit in Form von hohen monopolen Eisenpreisen neues Blut eingepumpt werden sollte. Dem Stinneskonzern fehlte somit der Pfeiler aus Erz und der Konzern blieb immer ein Habicht mit wundgeschossenem Flügel. In der Katastrophe des Stinneskonzerns steckt somit ein Stückchen der großen deutschen Industrietragödie nach dem Kriege.

So trat der Konzern nach dem Tode Hugo Stinnes ohne Minette und ziemlich flügellahm in die Periode der stabilisierten Mark, die vor allem mit den Inflationsgewinnen Schluß machte. An dieser Wandlung wäre auch das Genie eines Hugo Stinnes früher oder später ganz entschieden gescheitert. Allerdings bewiesen die Goldbilanzen der Stinnesunternehmungen, daß der Konzern Ende 1923 und Anfang 1924 ziemlich liquide und im Besitz ausreichender Betriebsmittel war, wenn er auch, wie fast alle deutschen Unternehmen, unter Inflationszeit, den während der Markentwertung aufgespeicherten unrentablen Sachwerte litt. Erst gegen Ende 1924, bei Gelegenheit des vielerörterten Interessenkampfes um das Walzwerk Barop bei Dortmund betrachtete man die Kapitalsmacht des früher allmächtigen Stinneskonzerns schon skeptisch.

Man führt diese Wendung im Stinneskonzern auf drei Aktionen zurück, für die z. T. die Söhne des verstorbenen Hugo Stinnes die Verantwortung tragen; andererseits handelte es sich um Folgerungen gewisser Unternehmungen, schon zu Lebzeiten Hugo Stinnes angefangen, die sich sicher auch eingestellt hätte, wenn Hugo Stinnes noch lebte. Dahin gehören vor allen Dingen die Oelunternehmungen des Konzerns in der ganzen Welt, die von der Riebeck-Montan-AG. ausgenutzt und den Namen Stinnes sehr oft in Gemeinschaft mit dem Namen des großen nordamerikanischen Oelspekulanten Sinclair auftauchen ließ. Diese Verbindungen scheinen dem Stinneskonzern derartig viel Barmittel entzogen zu haben, daß es über die Kraft der Stinnesleute ging. Dazu kam, daß in Deutschland selbst die großangelegte Schlacht gegen die Großbanken verloren ging: die Idee, durch Erwerbung des Barmer Bankvereins ein großes Aufsaugesystem für die wiederentstehenden Spargelder in Deutschland zu schaffen, um die Unternehmungen des Konzerns zu finanzieren und ihn von der Bankfinanz völlig unabhängig zu machen, schlug völlig fehl. Zu gleicher Zeit — und hier trift die Schuld allein die Nachfolger und die Söhne des verstorbenen Stinnes — legte sich der Stinneskonzern in der Kupfer- und Metallindustrie durch Erwerbung einer Reihe von Unternehmungen, wie die Elberfelder Messing- und Kupferwerke, finanziell fest. Der Konzern versuchte mit zunehmender Schwierigkeit, sich über die Börse Geld zu verschaffen. Dafür standen ihm aus dem Kapitalschnitt und der Enteignung der Kleinaktionäre bei Gelegenheit der Goldbilanzierung Möglichkeiten in Gestalt von Verwertungsaktien und Kapitalserhöhungen zur Verfügung. Hier scheint der Bogen aber überspannt worden zu sein; seit Wochen konnte man an den deutschen Börsen ein starkes Angebot von Stinnesaktien wahrnehmen. Der Erfolg war ein Rückgang der industriellen Börsenwerte und zwar in einem Umfang, daß tatsächlich mit einer ausbrechenden Börsenkrise gerechnet wurde, die ohne Zweifel eine der heftigsten Wirtschaftskrisen hätte auslösen müssen. In diesem Moment griffen die deutschen Großbanken ein und stabilisierten den deutschen Effektenmarkt — und aber auch die Finanzkontrolle über den Stinneskonzern. Das ist, kurz gesagt, der Zusammenhang der vielen Ereignisse im Hause Stinnes. Es ist damit zu rechnen, daß der Konzern, wenn auch stark verkleinert, erhalten bleibt. Heute kann folgendes gesagt werden: die Dynastie Stinnes ist entthront. Wirtschaftlich wird sich die Tatsache empfindlich auswirken, da der Stinneskonzern einen riesigen Komplex der deutschen Industrie überhaupt darstellt. Es ist mal wieder eine kapitalistische Schlacht geschlagen worden, deren Kriegskosten die Arbeiterschaft bezahlen wird.

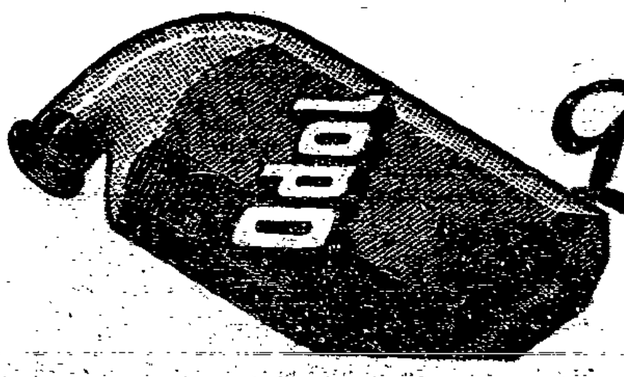
Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

In wohlgesetzten Lettern auf gefälligem Papier hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihren umfangreichen (370 Seiten) Geschäftsbericht 1923 und 1924 der Oeffentlichkeit übergeben. Eine verhältnismäßig ausführliche Darstellung hat die Entwickelung der Gewerkschaften (siehe unsere Polemik weiter oben. Red.) gefunden, wobei besonders auf die kommunistische Bewegung eingegangen wird. Im ganzen genommen ist aber der Bericht eine große Rechtfertigungsschrift für die Haltung der Zentrale in den Fragen der Lohnpolitik, der Arbeitszeit und des Schlichtungswesens. Hierbei wird eine Fülle von Material zur Rechtfertigung der Taktik ausgebreitet.

Die Zahl der angeschlossenen Verbände Ende 1924 wird statistisch nachgewiesen. Dabei zeigt sich, daß gegenüber dem Stande vor der Inflation (Ende 1921) nicht unbedeutende Verschiebungen eingetreten sind, die aber nicht gewertet werden können, da die Vereinigung offenbar grundsätzlich die Zahlen der Verbandsmitglieder geheim hält. Der Vereinigung waren angeschlossen:

	1921	1924
1. Fachverbände		
a) Reichsverbände	55	45
b) Bezirksverbände	35	46
c) Ortsverbände	21	14
d) Unterverbände (mittelb. angeschl.)	806	555
2. Gemischtgewerbliche Verbände:		
a) Bezirksverbände	40	40
b) Ortsverbände	64	51
c) Unterverbände	914	713
3. Insgesamt	1927	1458

Jetzt soll die organisatorische Entwickelung zu „einem gewissen Abschluß" gekommen sein, wenn auch dieser Ausbau keineswegs dem Ideal der Arbeitgeberschaft entspricht, wird aber wohl „zurzeit den Belangen der deutschen Arbeitgeberschaft nach am zweckentsprechendsten gemacht". Dabei ist das Organisations-



Das gründliche Mundwasser

ziel, „daß jeder Betrieb fachlich und gemischtgewerblich organisiert ist“, noch keineswegs erreicht. Immerhin stehen die fachlichen Verbände im bezirklichen Zusammenschluß. Eine Lücke in diesem Organisationsaufbau bildet augenblicklich Sachsen, wo sonderbarerweise „infolge finanzieller Schwierigkeiten“ (?!) die Landesstelle aufgehoben werden mußte.

Nach der am 26. März 1924 beschlossenen neuen Satzung steht an der Spitze der Vereinigung ein Präsidium, das sich aus einem Vorsitzenden, drei Stellvertretern, dem Schatzmeister und zwei bis vier weiteren Vorstandsmitgliedern zusammensetzt. Dieses Präsidium wird aus dem Kreise des 35köpfigen Vorstandes gewählt. Daneben besteht der „große Ausschuß“, dessen Höchstzahl auf 200 festgesetzt wurde. Von diesen werden bis zu 175 nach dem Verhältnis der Beitragsleistungen von den Verbänden entsandt. Die restlichen 25 Vertreter werden alljährlich vom Vorstand gewählt. Die Hauptarbeit wird in den alle zwei Jahre gewählten fünf Arbeitsausschüssen geleistet.

Die Geschäftsstelle, die jetzt 11 wissenschaftliche Beamte und 34 kaufmännische Angestellte beschäftigt, leitet Dr. Tänzler. Ihm zur Seite stehen Dr. Meisinger, der die Tarifabteilung leitet, und von Zengen, dem die Propagandaabteilung unterstellt ist, während die Zentralleitung und die sozialpolitische Abteilung unmittelbar Dr. Tänzler unterstehen.

Bauarbeiterstreik in Württemberg.

Die Bauarbeiter Württembergs stehen seit längerer Zeit in einem heftigen Kampf um die Erhöhung ihres Stundenlohnes von 1 Mark auf 1,30 Mark und die Bezahlung der Regentage. Die zur Regelung der Differenzen geführten Verhandlungen mit den Unternehmern blieben ergebnislos. Nunmehr haben die Bauarbeiter Stuttgarts mit 2000 gegen 85 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. 4000 Bauarbeiter haben dieser Parole bereits Folge geleistet. Der Streik hat sich inzwischen auch auf Heilbronn, Göppingen und Reutlingen ausgedehnt.

Neuer Reichstarifvertrag im Dachdeckergewerbe.

Nach langen Verhandlungen ist es dem Zentralverband der Dachdecker gelungen, mit den Arbeitgebern einen neuen Reichstarifvertrag abzuschließen. Der alte Tarif war von den Arbeitern gekündigt worden, um die Ferienfrage tariflich zu regeln, was von den Arbeitgebern im Jahre 1924 abgelehnt wurde. Der neue Reichstarif billigt für je 90 Arbeitstage einen Urlaubstag pro Jahr zu. Der Achtstundentag konnte trotz des Widerstandes der Arbeitgeber aufrechterhalten werden. Wie im alten Tarifvertrag, so lehnen sich auch im neuen die Löhne eng an die im Baugewerbe gezahlten an. Es gelang aber, darüber hinaus Zuschläge zwischen 6 und 18 Prozent zu erreichen. Der neue Tarifvertrag hat Rechtskraft ab 1. Juni. Seine Rechtsverbindlichkeit ist beantragt worden.

Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter wird sich mit Schluß dieses Jahres auflösen. Nach Zustimmung der in Frage kommenden Verbände werden sich die Papierarbeiter an den Textilarbeiterverband und die Buchdruckereihilfsarbeiter an den Typographenbund anschließen. — Wegen Differenzen hat der Lithographenbund beschlossen, aus dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und aus dem Graphischen Bund mit Schluß dieses Jahres auszuscheiden. — Angriff auf den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam). In bezug auf die schwebenden Verhandlungen zwischen Amsterdam und Moskau schreibt die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, folgendes: „Die internationale Gewerkschaftseinheit. Man weiß nicht, soll man lachen oder sich ärgern? Der Ausschuß des IGB. hat im Februar beschlossen, ein Aufnahmegesuch der Russen abzuwarten und dann über dieses in Verhandlungen einzutreten. Die Engländer erklärten, ohne Zustimmung des IGB. in keine Separatverhandlungen einzutreten mit den Russen. Der Antrag der Engländer, in unverbindliche Verhandlungen mit den Russen einzutreten, wurde abgelehnt, wie ein ähnlich lautender Antrag unsererseits. Was geschieht nun? Die Engländer verhandeln ohne den IGB. ruhig weiter, wie wenn nichts passiert wäre, und die Russen verschicken nach wie vor Manifeste über die russisch-englische Einheitsfront in der Welt herum. Das hätte der Vorstand des IGB. wirklich billiger haben können, wenn er an Stelle der Engländer verhandelt hätte. Der Vorstand des IGB. begnügt sich damit, Resolutionen loszulassen, die nicht ernst genommen werden, wenigstens nicht von den Engländern; im übrigen nimmt er Kenntnis von den Moskauer Ergüssen, die unter englischer Assistenz in die Welt hinausgehen. Auf was wartet man denn noch in Amsterdam? Könnte man nicht lieber das Büro nach London verlegen?

Genossenschaftswesen.

Die städtischen und die konsumgenossenschaftlichen Sparkassen.

In Sagan — vermutlich auch in anderen Orten — wird in diesem Falle von der städtischen Sparkasse, eine „Wirtschaftswarte“ (Verlag der deutschen Sparkassenzeitung“, Berlin) an die Kunden verteilt. In der Mainummer heißt es unter anderem:

Als durchsichtiges Manöver muß man das Vorgehen von Konsumvereinen bezeichnen, die, um ihren Mitgliedern bzw. den neu zu werbenden Genossen das Sparen in Konsumvereinen schmackhaft zu machen, zwischen öffentlichen und genossenschaftlichen Sparkassen Unterschiede konstruieren wollen, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Wenn es heißt, daß bei den öffentlichen Sparkassen angelegte Gelder nur im Interesse der bestehenden profitkapitalistischen Wirtschaft arbeiten, daß so angelegte Gelder also das Gegenteil der Behebung familienwirtschaftlicher Nöte auslösen müssen, so kann man nur feststellen, daß die Verfasser solcher Artikel das Wesen der kommunalen Sparkassen überhaupt nicht begriffen haben, die von jeher in der Befriedigung des mittelständischen Kreditbedürfnisses ihre vornehmste Aufgabe sehen; freilich wird durch die Sparkassen keine Bodenwirtschaft und keine Kreditwirtschaft lediglich für den Verbrauch begünstigt.

Wenn notorisch die Anlegungsfrage zu Konkurrenzzwecken ausgeschlachtet wird, so muß dies auf das schärfste verurteilt werden. Wenn die Sparkassen fest als die einzigen Geldinstitute zur Anlegung verpflichtet sind und sich auch, soweit es in ihren Kräften steht, bemühen, den Gläubigern eine möglichst günstige Anlegung zuzuwenden, so ist es geradezu eine frevlische Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung, wenn Konsumgenossenschaften mit einer freiwilligen Anlegung, die angeblich weit über den Rahmen der gesetzlichen Anlegung hinausgeht, Reklame treiben. Abgesehen davon, daß es sich nur um vereinzelte Fälle und auch bei diesen nur um geringe Beträge handelt, darf die schon politisch genügend mißbrauchte Anlegungsfrage nicht noch wirtschaftlich als Konkurrenzmanöver verwendet werden. Im übrigen glauben wir, daß jeder vernünftige Mensch derartige „Anpreisungen“ durchschaut und daß solch niedrige Argumente den Verfassern selbst zum größten Schaden gereichen.

Man kann nicht sagen, daß Klugheit die Feder des Verfassers dieser Zeilen geführt haben; denn er weiß offenbar nicht, daß der sogenannte „Mittelstand“ gerade der ärgste und engherzigste Feind der in den Konsumvereinen sparenden organisierten Verbraucher ist. Er weiß ferner nicht, daß gerade die Konsumvereine grundsätzliche Gegner und ebenso eifrige wie erfolgreiche Bekämpfer der Zwang- und Kartellwirtschaft sind. Er sollte auch nicht so tun, als wüßte er nicht, daß die Konsumvereine allgemein weit höher angewertet haben als alle anderen Geldinstitute und dadurch den Sparern viele Millionen Reichsmark erhalten bleiben, die ihnen anderenfalls verlorengegangen wären. Wenn angesichts der nicht immer erfreulichen Reklame mancher Sparkassen die Konsumvereine diese Tatsache nicht unter den Scheffel stellen, so ist das nicht „Irreführung“ und „Vergiftung“ der öffentlichen Meinung, sondern eine durchaus einwandfreie Aufklärung, deren Wirkung erfreulicherweise in rasch wachsendem Zustrom von Spargeldern in die konsumgenossenschaftlichen Sparkassen zutage tritt. Vielleicht verleitete der Aerger hierüber den Verfasser dazu, feststehende Tatsachen als „niedrige Argumente“ zu bezeichnen. Bei vernünftigen Menschen macht er damit keinen Eindruck.

Händler, Polizei, Gerichte und Konsumvereine.

Der Syndikus des Einzelhandelsverbandes Thüringen, Dr. Heyn, hielt unlängst einen Vortrag, der sich besonders auszeichnete durch den Schrei nach Hilfe gegen die Konsumvereine durch Polizei und Gerichte. In dem Bericht über den Vortrag heißt es:

Der Redner behandelt dann den unlauteren Wettbewerb in verschiedenen Konsumvereinsausstellungen in Thüringen, in denen Waren von Einzelhändlern neben Waren des Konsumvereins gestellt waren, um damit die Billigkeit des Konsumvereins zu dokumentieren. Auch, wenn dieser Vergleich zutreffen sollte, so verstößt er doch gegen § 1 des Gesetzes, weil er im Widerspruch gegen die guten Sitten steht. Krasser unlauterer Wettbewerb ist es aber, wenn qualitativ verschiedene Waren miteinander verglichen werden, zum Beispiel gepackter Kakao vom Einzelhändler, der selbstverständlich teurer ist, mit losem Kakao der Konsumvereine. Bei dieser Bekämpfung von solchem unlauteren Wettbewerb forderte Redner die unbedingte Unterstützung der Polizei. Dabei sei es ganz einerlei, ob der einzelne Angehörige der Polizei mehr Anhänger einer kapitalistischen Wirtschaft oder Anhänger einer sozialistischen Wirtschaft, und damit der Konsumvereine, ist. Die Polizei hat nicht nach links und rechts zu sehen, sondern sie hat lediglich darauf zu achten, daß der Konkurrenzkampf mit fairen Mitteln geführt wird. Der Redner beschäftigte sich dann weiter mit der Einstellung des Einzelhandels gegenüber den Konsumvereinen. Er erklärte die Berechtigung der Forderung, daß die Konsumvereine derselben steuerlichen Belastung unterliegen, wie die Einzelhandelsbetriebe, daß es also ungerecht sei, wenn sie von Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer befreit seien. Unter dem gegenwärtigen steuerlichen Rechtszustande muß aber die Polizei unbedingt darauf achten, daß die Konsumvereine nur an Mitglieder verkaufen, weil sie nur dann auch nach heutigem Recht den Vorzug der Steuerfreiheit genießen.

Für die Behauptung, daß „unlauterer Wettbewerb“ stattfinde, werden Beweise nicht erbracht. Mit allgemeinen Redensarten können weder Polizei noch Gerichte etwas anfangen. Was den Verkauf nur an Mitglieder anlangt, so entspricht er durchaus genossenschaftlichen Grundsätzen und Zwecken. Mögen die Händler nur aufhören, durch sittenwidrige Verleitung unter Verwendung gekaufter Spitzel die Absichten der Konsumvereine zu durchkreuzen!

Der Zentralverband französischer Konsumvereine

hielt seinen diesjährigen Kongreß am 21. und 22. Mai unter Vorsitz von Professor Gide in Nancy ab. Es waren 400 Vertreter anwesend, die über 5315 Stimmen verfügten. Beim Vorstandsbericht gab es die üblichen kommunistischen Reden und Entschließungen, die den „revolutionären Klassenkampf“ statt der „Reformisterei“ forderten und als deren Fürsprecher Jaudin auftrat. Poisson fertigte den Kritiker, dem sich einige andere mit kleinen Schmerzen anschlossen, kurz mit der Bemerkung ab, daß die Tätigkeit des Verbandes die beste Antwort sei. Der Kongreß unterstrich das wirkungsvoll, indem er mit 4894 gegen 278 Stimmen bei 143 Stimmenthaltungen den Bericht genehmigte. Ramadier sprach über die Reform der Genossenschaftsgesetzgebung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Lücken der heutigen Gesetzgebung beklagt werden, die das Entstehen unechter Genossenschaften begünstigt und ihre Bekämpfung durch die echten erschwert, und ein neues Gesetz gefordert wird, das den Begriff Genossenschaft fester begrenzt und den Unterschied zwischen der Genossenschaft und kapitalistischen Unternehmungen schärfer hervorhebt. Der Vorstand wird beauftragt, bei den gesetzgebenden Gewalten entsprechende Maßnahmen zu veranlassen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Fortbildungsschulen im Landkreise Breslau.

Der Bedeutung des Fortbildungsschulwesens Rechnung tragend, errichtet der Landkreis Breslau im Herbst d. J. 30 neue Fortbildungsschulen. Den Unterricht werden in dankenswerter Weise die Lehrer der Volksschulen übernehmen. Zur Einführung in die Besonderheiten des Fortbildungsschulunterrichtes hat die Kreisverwaltung im Einvernehmen mit der Regierung, den Kreisschulräten und dem Kreislehrerrat die Lehrerschaft in dem großen Sitzungssaal des Landeshauses vereint. Als Referent ist der hervorragend bekannte Fachmann Schulrat Otto aus Stade gewonnen worden, der es in meisterhafter Weise verstand, das Interesse und die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer während der ganzen Tagung auf gleicher Höhe zu halten. Von der Organisation des Berufsschulwesens ausgehend entwickelte er den Lehrplan der ländlichen Berufsschulen, stellte in fesselnder Art die Fortbildungsschule als das Kernstück der Jugendpflege dar, behandelte in feinsinniger Ausführung die psychologische Grundlage des Fortbildungsschulunterrichts, besprach schließlich die einzelnen Unterrichtsfächer und schloß seine hochinteressanten Ausführungen mit Hinweisen auf die Lehr- und Lernmittel der ländlichen Berufsschulen. Die Firma Priebatsch-Breslau hatte entgegenkommender Weise im Lichthofe des Landeshauses eine Ausstellung von Lehr- und Lernmitteln aufgebaut, die allseitigen Beifall fand.

Herrnprotsch-Marschwitz. Gefährliche Spielerei. Vor einigen Tagen stürzte der sechsjährige Willi K. von einem der hohen Bogen der Weistritz-Brücke bei Marschwitz aufs Straßenpflaster. Die dabei erlittenen Verletzungen machten eine Ueberführung in die Heilanstalt Herrnprotsch nötig.

Aus Schlesien.

Wohlau. Harra, Wohlau hat wieder einen König, zwar keinen echten, sondern nur einen Schützenkönig. Aber mit einem ganzen Kleiderladen von Zierat behangen und mit einem Gehabe wie ein spanischer Grande stand er einem verstorbenen Potentaten in nichts nach. Das war natürlich Anlaß für Wohlau, wieder mal im nationalen Rummel zu machen unter der Flagge eines Sportfestes. Befand sich doch der größte Teil der dortigen Republikaner zur Bannerweihe im nahegelegenen Leubus und man fühlte sich ungestört. Bei der Durchfahrt durch diesen Ort glaubte man wahrhaftig, er hätte im Dornröschenschlaf Republik und Weltgeschehen verschlafen. Königl. prim. Apotheken-, Hoflieferanten-schilder, Kaiserl. Autoklub, mehrere schwarz-weiß-rote Lappen, von denen einer so tief heruntersing, daß ich mir schnell damit den Staub Wohlaus von den Füßen schüttelte, waren die äußeren Merkmale. Eine sehr originelle Fahne hat der Magistrat am Rathaus ausgehangen. In welchem Staat da Wohlau liegt, war mir leider nicht möglich zu erkunden. Denn schwarz-rot-weiß ist in seinem Flaggenduch verzichtet. Wahrscheinlich weiß es der hohe Rat von Wohlau auch nicht und deshalb sei es ihm hier mitgeteilt: die Farben der Republik sind schwarz-rot-gold, da Wohlau vorläufig noch in der deutschen Republik liegt! Sollten dem Magistrat Mittel zur Anschaffung einer Reichsflagge fehlen, so ist der Kaiserl. Autoklub sicher bereit, die notwendigen Gelder vorzuschießen.

Jauernig. Unsere Stadt will wieder Dorf werden und hat aus Ersparnisgründen den Antrag auf Einführung der Hundesteuerordnung gestellt. Die Einwohnerzahl beträgt 800.

Hindenburg. Den Tod auf den Schienen suchte und fand am Donnerstag der Sohn des Schichtmeisters S. von der Haldenstraße hierselbst. Der junge Mann, der an Krämpfen litt, warf sich in Laband vor einen heranbrausenden Eisenbahnzug, nachdem er vorher an seine Angehörigen und Arbeitskollegen Abschiedsbriefe gerichtet hatte, in denen er mitteilte, daß man seine Leiche bei Rudzinitz finden werde.

Arbeiter-Sport

Reichsarbeitersportwoche vom 13. bis 20. Juni.

Mit vielem Geräusch beginnen alle bürgerlichen Organisationen eine Werbewoche unter dem Namen „Johannesfest“ vorzubereiten. In aller Stille gehen großzügige Vorarbeiten für die „Reichsarbeitersportwoche“ vor sich.

So grundverschieden, wie beide Veranstaltungen sind, wie Nerven nicht nur besteht, sondern gleichzeitig die gesamte Kultur grundverschieden werden sie auch ihre Erfolge registrieren. Bürgerliche Wohltätigkeitstänze verpönt die Arbeiterschaft. Die Arbeitersportler wollen einen kräftigen, gesunden Volkstypus heranbilden, der die Anforderungen der Wirtschaft an Geist und Körper auf einen würdigen Stand bringt. Bürgerliche Veranstaltungen versuchen, anzuziehen durch Tanz und Lustbarkeiten, während die Arbeitersportler auffordern zu Spiel und Sport, zu Schwimmen und Wandern in Luft und Licht. Der Drang, Siegeszeichen zu erringen, den Egoismus der eigenen Person zu fördern, der durch die bürgerlichen Sportvereine sich zieht, ist den Arbeitern fremd. Sie wollen gemeinschaftlich zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftsform wandeln, die keinen ihrer Mitbrüder und Mitschwestern in Not läßt. Der Gemeinschaftsgedanke wird gerade in den Arbeitersportvereinen wesentlich gestärkt. Seine Förderung ist Hauptziel auch der „Reichsarbeitersportwoche“. Nicht kleine Summen sollen gesammelt werden, sondern Geist und Kraft der einzelnen Personen, der Klassengenossen, sollen zusammengeschweißt werden zu einem einigen, mächtigen Volksstaat, zu einer Volkswirtschaft, die immer nur gesundheitsfördernd, niemals aber, wie in den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsformen, gesundheitsschädigend wirken soll. Wenn trotzdem die Arbeitersportler nicht ohne Geldmittel das große Ziel erreichen können, dann rechnen sie darauf, daß ihre wenigen werbenden Veranstaltungen einen Massenbesuch aufweisen. Klassengenossen, laßt euch nicht irre führen von der marktschreienden Reklame des „Johannesfestes“, man ist nur auf euren Geldbeutel bedacht. Besucht deshalb alle

eure Sportwoche.

Sie beginnt am 13. Juni, abends 7 Uhr, Holteihöhe: „Die Oder in Flammen“; 14. Juni, vormittags 9 Uhr, Schlachthof: „Quer durch Breslau“; 14. Juni, nachmittags 4 Uhr: Eichenpark „Der Sport des Volkes“.

An allen Wochentagen vom 13. bis 20. Juni, abends sportliche Darbietungen.

Alles Nähere durch die Arbeiterpresse und die Programme.

Arbeitende Breslaus! Unterstützt alle Veranstaltungen der Arbeitersportler, eure und eurer Kinder Freunde, die euch für wenige Geld Gelegenheit zum Turnen, Schwimmen, Wandern und zu allen anderen sportlichen Betätigungen mit Gleichgesinnten geben, und sich jederzeit in den Dienst der Arbeiterklasse stellen!

Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege Breslau.

Arbeiter-Kartell für Sport- und Körperpflege. Alle Vereine, die dem Stadtausschuß für Jugendpflege angeschlossen sind, müssen unbedingt je einen Vertreter zu der am Dienstag, nachmittags 7 Uhr, stattfindenden Versammlung im städtischen Jugendheim An der Matthiaskunst. Größere Vereine senden auf je 100 Mitglieder einen Vertreter. Keiner darf fehlen, jede Stimme fehlt uns, die nicht erscheint. Matzke.

1. Arbeiter-Angler-Verein e. V. Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Mitgliederversammlung. Gleichzeitig werden alle Restanten aufgefordert, bis Juni ihre rückständigen Beiträge zu bezahlen, andernfalls sie laut Statut gestrichen werden. Alle, die den Ausflug nach dem Schlesiertal mitmachen wollen, zur Kenntnis, daß derselbe um eine Woche verschoben wird.

J. A.: Der Vorstand.

Freie Turnerschaft, 2. Abteilung. Dienstag, den 9. Juni, findet nach dem Turnen bei Görlich eine Abteilungsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen, da die Festveranstaltung besprochen wird. Um alle Sportler, die kein Interesse am Turnen haben, auch zum Hallentraining heranzuziehen, haben wir uns entschlossen, an den Turnabenden eine Sportlerriege aufzustellen, welche sich hauptsächlich mit Trainingsübungen beschäftigt. Erstmaliges Ueben der Riege Dienstag.

Handball! Am Mittwoch, den 10. Juni, findet abends 7 Uhr im Eichenpark ein Spiel der Schiedsrichter gegen die 7. Abteilung statt. Die Aufstellung der Schiedsrichter ist folgende:

Heider, Gustav (Gandau)
Göbel (7. Abt.) Feist (Neukirch)
Mischke (Pos.) Ziron (5. Abt.) Leuschner (Pos.)
Truppke (5. Abt.) Großmann (7. Abt.) Dehmel (2. Abt.) Heider, Paul (Gandau) Schönfeld (6. Abt.)

Ersatz: Hartelt und Laske.

Schiedsrichter: Lorenz und Hoffmann. Kleidung: schwarze Hose, weißes Hemd. Der Spielausschuß.

Fußball. Am 2. Pfingstfeiertage weilte der BSV. Oswitz mit der 1., 2. und Jugendmannschaft bei Ring, Sandberg, zu Gaste. Zuerst stieg das Spiel der Jugendmannschaften. Die bessere Technik der Oswitzer entschied das Spiel mit 2:0 zu ihren Gunsten, der Tormann der Sandberger verhinderte eine höhere Niederlage. Im Spiel der 2. Mannschaften standen sich zwei gleichwertige Mannschaften gegenüber, hier mußte sich Oswitz trotz besserer Gesamtleistungen mit 1:0 geschlagen bekennen. Nach diesem Spiel trafen sich die 1. Mannschaften beider Vereine. Sandberg bevorzugt das hohe Spiel, während Oswitz, bei denen es diesmal wie am Schnürchen klappte, das flache Paßspiel mit zaumgewinnenden Vorlagen zeigte. Das Spiel, das gleich zu Anfangs schnell und abwechslungsreich einsetzte, sah beide Tore öfters in Gefahr, wobei der Oswitzer Tormann, der durch seine Ruhe auffiel, seinem Gegenüber überlegen war. In der 3. Minute gelingt es Oswitz, ein Tor zu erzielen, bei diesem Stande bleibt es bis Halbzeit. Hatte man erwartet, daß Ring erst nach Halbzeit losgehen würde, so sah man sich getäuscht, sie schienen vielmehr dem Tempo der ersten Hälfte zum Opfer gefallen zu sein und es gelingt Oswitz, in kurzen Zwischenräumen, zu drei weiteren Erfolgen zu gelangen. Sandberg legt jetzt, da Oswitz das Resultat hoch genug ist und stark nachläßt, mächtig los. Ein Elfmeter für Oswitz wird dem Tormann in die Hände gegeben. Kurz darauf wird ein Elfmeter für Sandberg knapp über die Latte geschossen. Es ist den Sandbergern nicht vergönnt, bis zum Schlußpfiff des Schiedsrichters Pogrisse (Falke) das Ehrentor zu erzielen. Der Schiedsrichter konnte in seinen Entscheidungen gefallen. Bei Oswitz fiel das gute Zuspiel und die Schnelligkeit auf.

Aus der Geschäftswelt.

Modenneuheiten in der Sommerkleidung bedeuten meistens für den Herrn des Hauses eine unvorhergesehene und unerfreuliche Ausgabe, die bei einiger Ueberlegung von der sparsamen Hausfrau leicht behoben werden kann. Das „Wie“ ist sehr einfach, denn jedes ältere Sommerkleid läßt sich für wenig Geld leicht der Mode entsprechend umarbeiten. Die moderne Richtung wird vollendet durch die Farbe des Kleides, hierzu bediene man sich der Braunss' kaltfärbenden Stoffarbentablette „Titocol“, womit auf einfachste Weise das umgearbeitete Kleid in den entzückendsten Modefarben wie neu gefärbt wird, in dem angenehmen Bewußtsein, man hat es selbst daheim gefärbt und große Ersparnisse erzielt. Braunss' „Titocol“ ist in allen Drogerien und Apotheken in jeder gewünschten Modefarbe erhältlich.

Das Buch!
Wenn Sie's aus des Tages Mittel Freundlichkeit
will, bringt jeder seinen deutschen Freund zu Stand
Bellmann-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 7.